



Interview

„Ein gutes
Leben
für alle!“



Verwaltung

Teilung, Zusammen-
legung - Bezirksamt
quo vadis?

FSG



teamwork

DAS MITGLIEDER-MAGAZIN DER HAUPTGRUPPE 1

4/2016



Die Berater kommen!

**Die öffentliche Hand ruft immer
öfter nach externer Beratung**

**Entscheidungen
werden delegiert**

**Verantwortung
wird abgegeben**

Einsetzen. Durchsetzen. Umsetzen.

Hauptgruppe 1

Willkommen bei uns.

Hier finden Sie die beste Lösung
für Ihre Geldangelegenheiten.



Wir bieten Ihnen das Neukunden-Paket mit attraktiven
Angeboten und exklusiven Sonderkonditionen für:

- s Komfort Konto
- s Komfort Sparen
- s Autoleasing
- s Kreditkarte
- s Wohn Kredit
- Wertpapiere



Michael Kramer
Mobiler Kundenberater
Tel. 05 0100 6 - 16616
E-Mail: michael.kramer@erstebank.at

Ich freue mich auf Ihren Anruf!



Politik & Gewerkschaft

- 04 **Facts & Figures**
Reportage: Ein Tag mit Thomas
Kattinig in Brüssel
- 05 **Leitartikel**
Wien ist anders! Und das soll
auch so bleiben.
- 06 **Thema**
Wenn die Berater kommen ...
- 10 **Interview**
Alexandra Strickner, attac
Österreich, über „Ein gutes
Leben für alle!“

Hauptgruppe 1

- 13 **Dienstrecht**
Die Pensionskasse der
Gemeinde Wien
- 15 **Dienststellen**
CETA - eine tickende Zeitbombe
- 17 **Dienststellen**
Budgetverwaltung ist keine
ureigene Aufgabe des Kinder-
gartenpersonals
- 20 **Aus der Redaktion**
Bezirksämter: Teilung oder
Zusammenlegung?
- 23 **Gewerkschaft**
Recht auf Abtreibung bleibt in
Polen erhalten

Gesund & Leben

- 24 **Neue Serie**
Wenn Eltern alles zu viel wird

Special Interest

- 28 **Frauen**
Warum es noch immer eine
Frauenabteilung braucht
- 29 **Jugend**
Aus dem Club F.R.E.E. wird nach
59 Jahren „Club Ypsilon“

Freizeit

- 33 **Kunst & KünstlerInnen**
teamwork stellt vor:
Claudia Rupp

I man, i dram: ÖVP und FPÖ erstaunen sehr ...



BILD © PETRA SPOLA

**Michael
Kerschbaumer**
Leitender Referent
younion

Lange haben die Gewerkschaften darum gekämpft, gerungen, gefightet und mussten sich immer von der schwarzen Reichshälfte sagen lassen, dass sich das erstens der Staat gar nicht leisten könne und zweitens zuvorderst die große Wirtschaft bedient werden müsse. Irgendwann waren unsere Gegenspieler doch weichgeklopft und erzählten überall herum, wie stolz sie auf „ihre“ Steuerreform seien und wie das die Wirtschaft befeue. Danke, ÖVP, dass ihr uns irgendwann einmal zugehört habt. Tatsächlich haben die Menschen doch wirklich auf einmal mehr Geld zum Ausgeben gehabt und damit der Wirtschaft und dem Finanzminister unter die Arme ge-griffen.

Leider hat der ÖVP-Finanzminister vergessen, die einkommensschwächende kalte Progression dauerhaft aufzufangen. Da bleibt es nicht aus, dass sie uns nach und nach wieder mehr zwickt.

Naja, das kann man schon verstehen, wenn der Säckelwart seine Lieblingskunden, die großen Konzerne, vor Übel bewahren möchte. Deshalb wird die Zahl der GroßbetriebsprüferInnen reduziert und auf den Bettel, der hier geholt werden könnte, gerne verzichtet. Da schlägt die sogenannte Volkspartei lieber bei den MindestsicherungsbezieherInnen zu. Ihnen hat ein gewisser Schelling erzählt, er könne locker mit 500 Euro im Monat durchkommen. Wie das gehen soll, hat er nicht vorgehupt. Er meinte, Schmalhans als Küchenmeister würde Arbeitslose in Scharen an Arbeitsplätze treiben (auch wenn es sie gar nicht gibt). Leider schafft er es nicht, Arbeitslosigkeit und Armut zu bekämpfen, also bekämpft er lieber die Armen, die Hilfe zur Selbsterhaltungsfähigkeit bräuchten. Die FPÖ, die die Flüchtlinge gerne nicht mindestgesichert sähe, nimmt in Kauf, dass die Armut alle Menschen in diesem Land trifft.

Schön, dass die Gewerkschaften im Einklang mit Bundeskanzler Christian Kern auf der Seite der unselbständig Erwerbstätigen sowie der kleinen und mittleren Unternehmen stehen.

 michael.kerschbaumer@younion.at

Offenlegung gem. § 25 Mediengesetz **Impressum Medieninhaber, Herausgeber und Verleger:** FSG in der younion_Die Daseinsgewerkschaft - Landesgruppe Wien - Hauptgruppe 1, 1090 Wien, Maria-Theresien-Straße 11, Tel.: (01) 313 16-83700, DVR.Nr. 0046655, ZVR.Nr. 576 43 93 52 **Vorsitzender:** Norbert Pelzer **StV:** Manfred Obermüller, Margit Pollak **Redaktionskomitee:** Richard Andraschko, Erwin Feichtlbauer, Gerhard Heczko, Alexander Kautz, Michael Kerschbaumer, Marianne Klepac-Baur, Werner Krachler, Regina Müller, Manfred Obermüller, Beate Orou, Norbert Pelzer, Margit Pollak, Nicole Tuschak, Günter Unger, Andreas Walter, Michael Witzmann, Karin Zauner-Lohmeyer **Chefredaktion:** Richard Andraschko **Layout:** esberger | strategie&kommunikation **Erscheinungsort:** Wien **Erscheinungsart:** mindestens vier Mal jährlich **Hersteller:** Druckerei Jentzsch, 1210 Wien | Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung des Herausgebers übereinstimmen. Jede Vervielfältigung von Texten und/oder Fotos bzw. anderen Illustrationen ist nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers gestattet. **Coverfoto:** fotolia

„Ans Essen denke ich erst am Abend“

Wenn Thomas Kattnig, Leiter des Bereichs Internationales, EU und Daseinsvorsorge der youunion, in Brüssel ist, jagt ein Termin den anderen. Wir haben unseren Vertreter im Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss einen Tag lang begleitet.



Thomas Kattnig während der Sitzung im Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss. Dieser Ausschuss ist eine tragende Säule der EU und seit 1957 aktiv.



Beim Europäischen Gewerkschaftsverband für den öffentlichen Dienst findet ein Treffen mit EU-Abgeordnetem Eugen Freund statt. Auch CETA und TiSA sind wieder einmal Thema.



Schnell in die Ständige Vertretung Österreichs bei der EU. Hier wartet Botschafter Jürgen Meindl. Er ist auch Leiter der Österreichischen Vertretung bei der NATO.

Eines gleich vorweg: So ein Tag mit Thomas Kattnig ist intensiv. Er beginnt um 5.30 Uhr in der Früh. Denn der Flieger in die belgische Hauptstadt startet um Punkt 7 Uhr in Schwechat. Wenn da nicht schon alle Sachen am Vortag vorbereitet worden wären, würde es sich garantiert nicht ausgeben.

Gleich nach der Landung in Brüssel geht's in das Europäische Viertel. Um schnell voranzukommen, nimmt Thomas Kattnig oft die U-Bahn. Denn Staus sind in Brüssel eine Selbstverständlichkeit.

Kattnig ist dabei oft in der U-Bahn-Station Maalbeek/Maelbeek. Genau dort, wo am 22. März um acht Uhr morgens eine Bombe hochging und 20 Menschen tötete. Thomas Kattnig: „Eigentlich sollte ich an diesem Tag auch in Brüssel sein. Und ich wäre auch um die Uhrzeit dort gewesen. Wenn sich damals nicht etwas verschoben hätte ... Aber da darf man gar nicht weiter nachdenken.“

Mittlerweile ist aber die Routine wieder zurückgekehrt. In der U-Bahn-Station erinnert zwar noch eine Gedenktafel an den Anschlag, aber die wird nur noch von wenigen bewusst wahrgenommen. Fast genauso wie die Militärfahrzeuge, die vor den Gebäuden der EU platziert wurden, und die Soldaten, die um die Gebäude patrouillieren.

Und dann gehen auch schon die Termine los. Sie führen in den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss, die Ständige Vertretung Österreichs bei der EU, den Europäischen Gewerkschaftsverband für den öffentlichen Dienst und ins Europäische Parlament.

Thomas Kattnig: „Für mich ist es fast schon normal, dass ich erst am Abend ans Essen denke. Ich nutze einfach die Zeit in Brüssel so effizient wie möglich.“

In Wien redet man miteinander. Das soll und wird auch so bleiben! Wien ist anders. Gut so!

Erfolgsrezept sozialpartnerschaftlicher Dialog


BILD © PETRA SPOLA

Manfred Obermüller
Stellvertretender
Vorsitzender der
Hauptgruppe 1

Wirtschafts- und Bankenkrise, Arbeitslosigkeit und Zukunftspessimismus – wir leben in Zeiten der Verunsicherung. Umso wichtiger ist es, dass es im Arbeitsleben Stabilität und Verlässlichkeit gibt, vor allem, wenn es ums Geld geht. Wir verhandeln zurzeit die Gehälter der Magistratsbediensteten. Ihr könnt sicher sein: Wir werden auch heuer einen guten Abschluss erzielen.

Was mich so optimistisch macht, ist mein Vertrauen in unseren guten sozialpartnerschaftlichen Dialog. Seit 1961 ist es uns in Wien immer gelungen, ein Plus bei den Lohnabschlüssen der Gemeindebediensteten zu erzielen, während das im Bund ganz und gar nicht der Fall war. Ja, Wien ist anders, auch, wenn es um den Mindestlohn geht.

Mit Handschlagqualität klappt es

Der ÖGB fordert derzeit 1.500 Euro brutto Mindestlohn für Vollzeitarbeit. Der Mindestlohn in der Stadt Wien liegt derzeit bei 1.602 Euro brutto, also weit darüber. Bei uns gibt es keine Kurzarbeit, kein Lohndumping, nichts Prekäres. Und das trotz eines stagnierenden Wirtschaftswachstums. Wir haben mit Sandra Frauenberger eine Personalstadträtin mit Handschlagqualität. Gemeinsam ist uns schon sehr viel gelungen.

Wir haben das Urlaubsrecht verbessert, sodass es bis zu sieben Wochen Urlaub gibt, und das gekoppelt ans Lebensalter! Nur zum Vergleich: Der ÖGB fordert derzeit sechs Wochen Urlaub. Wir haben die Arbeitszeitrichtlinie umgesetzt, damit die Höchstarbeitszeit begrenzt, und wir haben gesetzliche Regelungen für Ruhezeiten geschaffen. Viele Verbesserungen wurden

in der Gesundheitsprävention erzielt. Beispielsweise wurde im Sanatorium Hera ein modernes Gesundheits- und Vorsorgezentrum eingerichtet, das neben der Vorsorgeuntersuchung auch Stress- und Burnout-Prävention, Gesundheitspsychologie, Sport- und Ernährungsberatung anbietet.

Besoldungsreform für zeitgemäße Entlohnung

Erreicht wurde auch die Frühkarenz für Väter (Papaonat). Väter können nach der Geburt ihres Kindes bis zu vier Wochen Karenz in Anspruch zu nehmen. Die neue Pensionskasse, in die die Arbeitgeberin miteinbezahlt, gewährleistet über alle Veranlagungsklassen hohe Renditen. Stadträtin Frauenberger hatte den Mut, die von uns schon lange geforderte Besoldungsreform anzugehen. Unser Ziel ist eine zeitgemäße Entlohnung, die sich an den konkreten physischen und psychischen Anforderungen am Arbeitsplatz sowie an der Verantwortung orientiert und nicht ausschließlich an der formalen Bildung. Junge sollen höhere Einstiegsgehälter erhalten, und die Lohnkurve soll flacher verlaufen. Die Gewerkschaft ist dabei auch Garant dafür, dass unsere KollegInnen im „alten Schema“ keinen Nachteil erfahren.

Wir haben in den vergangenen sechs Jahren sehr viel erreicht, weil wir uns in Wien immer wieder sozialpartnerschaftlich zusammensetzen, gut miteinander reden und stets abwägen. Das ist eine Qualität, die es kaum anderswo gibt! Und darauf können wir stolz sein. Wien ist anders!

 manfred.obermueller@wien.gv.at

Wenn Beratung zur Bedrohung wird

Die öffentliche Hand ruft immer öfter nach externen Beratern, weil man in schwierigen Zeiten offenbar gerne Entscheidungen delegiert und Verantwortung abgibt. Damit werden die eigenen MitarbeiterInnen demotiviert und verkommt ursprünglich sinnvolle Unterstützung zum Ablasshandel. **Von Norbert Pelzer**



BILD: © PETRA SPIOLA

Norbert Pelzer
Vorsitzender der
Hauptgruppe 1

Während in den 80er- und 90er-Jahren die so genannten „Management Consultants“ von McKinsey, KPMG, Boston Consulting Group & Co, die damals in den großen Unternehmen ein- und ausgingen, als Kampftruppe des Neoliberalismus verpönt waren, sehen Bund und Länder heute ihre Dienste als Allheilmittel gegen den viel strapazierten Reformstau. Die Verantwortlichen in Politik und Verwaltung vergeben seit einigen Jahren Beraterverträge scheinbar nach dem Motto „Was teuer ist, muss auch besser sein“.

Auch im Auftrag der Stadt Wien produzieren Beratungsunternehmen mehr oder weniger umfangreiche Berichte, auf denen für viel Geld schillernde Namen stehen und für die im Grunde lediglich „graue Akten“ in bunte Folien umgewandelt werden. Die mit Beratersprech à la Outsourcing, Flexibilisierung, Humankapital, Entlassungsproduktivität und ähnlichen Floskeln unterfütterten Daten, Fakten und Zahlen stammen meistens von den MitarbeiterInnen der jeweiligen Dienststelle. Woher sollten die externen Berater auch über Details Bescheid wissen? Sie kennen das zu bewertende Projekt bzw. die zu analysierende Abteilung ja kürzer als jeder Prakti-

kant. Analyse sowie Schlussfolgerungen unterscheiden sich nicht selten nur aufgrund der vielen englischen Vokabeln von dem vorhandenen Know-how in der betreffenden Abteilung oder dem jeweiligen Projektteam.

Wozu braucht man dann eigentlich externe Berater? Seriöse Beratung erkennt mit neutralem Blick Verbesserungspotentiale und bietet Hilfe an. Viele unserer KollegInnen tun das zum Beispiel im Rahmen der Mutterberatung, der Schuldnerberatung oder der Bildungsberatung usw. BeraterInnen müssen Unterstützungsbedarf erkennen, etwaige Probleme rational analysieren und praktische Unterstützung geben können.

Beratungsergebnisse als Scheinbeleg für politische Initiative

Spätestens seit der Bankenkrise steht die Politik vor der Aufgabe, die öffentlichen Haushalte durch Kostensenkung in Verbindung mit umfassenden Reformen zu konsolidieren. Aber anstatt dass auf die Kompetenz und Erfahrung der eigenen Fachabteilungen gesetzt wird, rücken mobile Beraterteams an.

Die AuftraggeberInnen in Politik und Verwaltung begründen den notwendigen Beistand von außen gerne damit, dass man mit Gänsen nur schwer über Weihnachten reden kann. Es brauche unabhängige Berater, die der internen Reformskepsis geeignete Prozesse entgegensetzen und Ergebnisse unabhängig von Einzelinteressen der Ressorts garantieren. Die wohlklingenden Expertisen der beauftragten Berater haben aber häufig nur einen Zweck: vorgegebene Ziele, als Vorschlag der externen Berater verpackt, durchzusetzen; oder man weicht mit ihrer Hilfe unangenehmen Entscheidungen aus und kann Ver-

„Politik und Verwaltung vergeben Beraterverträge scheinbar nach dem Motto ‚Was teuer ist, muss auch besser sein‘.“



antwortung abgeben. Denn wenn die Empfehlungen der Berater nicht fruchten, ist man als Auftraggeber auf jeden Fall aus dem Schneider. Die hohen Honorare sind zum Teil also Schmerzensgeld, damit Berater als Prügelknaben herhalten.

Ja, wenn es die Berater sagen ...

Zur Ablenkung werden Berater den MitarbeiterInnen, aber auch den BürgerInnen als Notärzte für das Wirtschaftssystem verkauft, das an allen Ecken und Enden krankt. Als Halbgötter in weißem Hemd mit Krawatte stehen sie den Unternehmen mit ihren Excel-Tabellen als Untersuchungsinstrument bei der Globalisierung genauso zur Seite wie den Kommunen im Kampf gegen die Zwänge der knappen Kassen. Ihr Rezeptblock ist die Powerpoint-Präsentation; ihre Behandlungen, will man uns weismachen, wirken nur, wenn sie schmerzhaft sind. Und wenn sich der Zustand trotzdem nicht verbessert, war's eben die falsche Medizin. Schuld daran ist allein der verschreibende Arzt. Ob man sich an den Richtigen gewandt hat, wird nicht einmal hinterfragt.

Nur die Spitze des Eisberges

Die von der Gemeinde Wien offiziell ausgewiesenen Beratungskosten für EDV betragen 2014 919.866,16 Euro, im Jahr 2015 1.328.581,60. Für die Betriebe der Wasserversorgung sind 2014 727.118,10 Euro

Factbox

Beratung

Unter Beratung im engeren Sinn versteht man eine Interaktionsform, die dem Wissenstransfer dient. Ein Berater stellt seinem Klienten Wissen zur Verfügung, meist in standardisierter Form („best practice“-Beispiele). Er ist jedoch fundamental auf die Selbstorganisation des Wissens seines Klienten angewiesen, da Ratschläge angenommen und in die Tat umgesetzt werden müssen, um auch zu wirken. Berater können daher zwar die Voraussetzungen für einen erfolgreichen Wissenstransfer herstellen, doch können sie über einen Großteil der Erfolgsbedingungen weder verfügen noch die nötigen Voraussetzungen auf der anderen Seite kreieren. Was aus Beratung wird, entscheiden letztlich die Beratenen. Dem Beratungsprozess sind jedoch durch die Form der Beratung selbst bereits bestimmte (Sinn-)Grenzen gesetzt.

Quelle: <https://de.wikipedia.org/wiki/Beratung>



an Beraterhonoraren angefallen, im Jahr darauf 911.583,22 Euro. Für gesonderte Verwaltung wurde 2014 bzw. 2015 Beratung um 90.694,90 bzw. 134.378,23 Euro zugekauft. Die Beratungskosten für das Zentralamt beliefen sich 2014 auf 40.492,91, im Folgejahr auf 202.374,69 Euro. Das sind allerdings nur jene Beträge, die auch unter dem Titel „Beratungshonorar“ gebucht wurden. Der weitaus größere Teil wird unter der Kostenstelle „Zugekaufte Leistungen“ subsumiert. Und ist damit in den Finanzdaten der Stadt Wien nicht ersichtlich, die auf der Plattform www.offenerhaushalt.at allen BürgerInnen zur Einsicht zur Verfügung stehen.

Warum ist das Know-how von KollegInnen erst dann gefragt, wenn es von externen BeraterInnen auf unzähligen Powerpoint-Folien aufbereitet wird? Es ist sicher nachhaltiger, den schon immer wieder notwendigen Blick von außen mit der langjährigen Erfahrung der MitarbeiterInnen sinnvoll zu kombinieren. Das würde nicht nur die Kosten merklich reduzieren, sondern auch brach liegende Potenziale der eigenen Belegschaft nutzen. Ein Beispiel und zugleich Vorschlag von mir – gratis & ganz ohne Beratungshonorar: Warum bietet man KollegInnen, die nach fordernden Jahren im Bereich der sozialen Berufe ausgepowert sind, nicht die Möglichkeit zu Umschulung an, so dass sie bis zum Erreichen des Pensionsantrittsalters klassische Verwaltungsaufgaben übernehmen können?

 norbert.pelzer@wien.gv.at

„Hohe Honorare sind oft Schmerzensgeld, damit Berater als Prügelknaben erhalten.“

Meinung

Stellen Sie sich vor, es kommt jemand zu Ihnen nach Hause und analysiert Ihr Leben. Es werden Personen durchgecheckt, es wird Wohnraum vermessen, es werden Lebensgewohnheiten hinterfragt, Ausgaben auf ihre Notwendigkeit hin überprüft – und Optimierungsvorschläge im Umgang mit Ihrem Partner erarbeitet. Der Berater oder die Beraterin bringt eine Außensicht ein, der die Historie Ihres Lebens fehlt. Parameter wie Zufriedenheit und Familienkultur werden ersetzt durch Effizienz und Kostenminimierung. Man kann Dinge immer von mehreren Seiten her betrachten, aber wer bestimmt die „richtige“ Sicht?

Externe Berater bringen ihre Außensicht in ein Unternehmen – soweit so gut. Aber die MitarbeiterInnen im Magistrat haben die Erfahrung und Kompetenz, Strukturen und Abläufe bewerten zu können – wenn sie dazu befragt werden würden. Und zwar von ihren Vorgesetzten und nicht von externen Beratern.

Aber der Prophet im eigenen Land hat ja nur selten etwas gezählt.

 felix.steiner@wien.gv.at

Querraunzer



Meinung

Gedanken übers Denken

WiStA: Es soll die größte Verwaltungsreform der Geschichte werden, die Wiener Struktur- und Ausgabenreform. Alle Aufgaben und Prozesse sollten hinterfragt werden, mehr als eine kosmetische Übung sollte es sein, keine Schönheits- sondern eine tiefgreifende Gesundheits-OP also. Das Ziel: eine Stadt mit einem neuen Gesicht – gestraffter, schlanker, dynamischer, freundlicher – und das gleich für alle.

„Leute, macht mit! Nachdenken erwünscht! Involvement!“ hieß es. Alle Magistratsbedienstete waren aufgefordert, Hirnschmalz zu investieren. Brav haben wir alle nachgedacht. Und endlich haben wir sagen dürfen, was wir besser machen könnten, rund 1.200 Einsparungsvorschläge sind von den Kolleginnen und Kollegen gekommen. Neugierig waren wir alle und voller Erwartungen.

Und was ist daraus geworden? Ein Zehn-Prozent-Sparkurs. Wow! Das nenn ich kreativ. Nein, ernsthaft. Ein Zehn-Prozent-über-alles-drüber-Cut ist doch keine Reform, oder? Und schon gar nicht die größte aller Zeiten! Das ist maximal eine große Stehfrisur.

Doch jetzt wieder was Neues: „Wien neu denken“. Also ganz langsam, damit man sich das auf der Zunge zergehen lassen kann: Im ersten Projekt wurde unser Mitdenken auf ein Sparpaket reduziert. Und jetzt, beim Nachfolgeprojekt, gibt es so genannte Innovations-

gruppen, damit „Wien neu denken“ auch zu einem Sparpaket wird?

Ich hoffe nicht. Wien neu zu denken sieht anders aus. Muss anders aussehen: Es darf in einem Reformprozess nicht ausschließlich um die Ausgabenseite gehen, sondern vor allem um die Aufgabenseite! Wir sollten uns fragen: Was sind die Aufgaben einer Stadt? Ist es zum Beispiel eine Aufgabe, einen Fernseh-Sender zu betreiben? Ist es die Aufgabe, sich an PR-Firmen zu beteiligen? Ist es eigentlich okay, wenn SpitzenverdienerInnen in den Genuss eines Gratiskindergartens kommen können? Endlich durchforstet gehört auch der Dschungel an Förder- und Transferleistungen. Wir müssen unbedingt beginnen, gesamtstädtisch und damit groß zu denken – über Ressortgrenzen hinweg.

Und wir könnten ruhig auch einmal genauer auf die Beraterhonorare schauen. Mit den 48 Mio Euro, die allein der KAV von 2012 bis 2015 an Consulting-Firmen bezahlt hat, wäre eine einmalige Lohnerhöhung für alle (ja richtig gelesen: alle!) MitarbeiterInnen des Magistrats von rund 1 Prozent drinnen gewesen. Von einer ursprünglich lauthals angekündigten „größten Verwaltungsreform aller Zeiten“ ist in der Öffentlichkeit nur das „eventuelle Zusammenlegen der Bezirke“ übrig geblieben. Das sollte doch nicht vom echten „Wien neu denken“ ablenken, oder?

Wendelin

Wir wollen ein gutes Leben für alle!

Warum ein gutes Leben für alle möglich sein muss und wir dringend ein neues Finanz- und Wirtschaftssystem brauchen, erklärt Alexandra Strickner von attac Österreich im Interview mit **Karin Zauner-Lohmeyer**.

Was ist attac?

Attac ist eine parteiunabhängige, internationale Bewegung, die sich für eine demokratische und sozial gerechte Wirtschaft einsetzt. Wir sind in 60 Ländern vertreten, sehr stark in Europa. Attac Österreich ist ein Verein, der von Spenden und Mitgliedsbeiträgen lebt.

Wie ist attac entstanden?

Im Jahr 1997 gab es in Südostasien eine gigantische Finanzkrise mit all den Folgen, die wir heute bei uns erleben. Massive Kapitalvernichtung, Tausende Arbeitslose, unfassbares menschliches Elend. Der Journalist Ignacio Ramonet hat in „Le Monde diplomatique“ geschrieben, dass es eine Organisation bräuchte, die sich für die Kontrolle der Finanzmärkte starkmacht. So ist attac entstanden. Wir sagen von uns selber: Wir sind Globalisierungskritiker. Denn die wirtschaftliche Globalisierung, so wie sie derzeit läuft, geht in die falsche Richtung.

Was heißt das konkret?

Wir haben nichts gegen die Globalisierung von Arbeitsrechten, von

Menschenrechten, Sozialrechten. Wir haben ein Problem damit, dass Politik für Finanzmarkt-Akteure, Banken, Versicherungen und Konzerne gemacht wird, nicht für die Menschen. Was wir heute erleben, ist die Zerstörung von allem, was uns wichtig ist: unserer Sozialsysteme, der öffentlichen Einrichtungen, der Umwelt und unserer Lebensqualität. Von dieser Politik profitieren einige wenige, die Masse verliert. Das beste Beispiel ist die Rettung der Banken durch die SteuerzahlerInnen.

Mit der youunion hat attac schon in einigen Kampagnen zusammengearbeitet ...

Ja, wir arbeiten mit der youunion in verschiedenen Plattformen zusammen, wie z. B. in der Allianz „Wege aus der Krise“ oder der TTIP-Stoppen-Kampagne. Wir haben viele gemeinsame Forderungen!

Wie gefährlich sind TTIP und CETA für öffentliche Dienstleistungen?

Brandgefährlich. Bei beiden geht es darum, dass in einen völkerrechtlich verbindlichen Vertrag hineingeschrieben wird, in welchen Dienstleistungsberei-

chen der Markt geöffnet wird; zugleich werden Spezialrechte für ausländische Investoren (Investorenschutz) festgeschrieben. In beiden Abkommen gibt es zwar Ausnahmen für öffentliche Dienstleistungen; sie sind aber völlig unzureichend, viel zu eng gefasst.

Was hat das für Folgen?

Entscheidet sich eine Gemeinde oder ein Land z. B. unter dem Druck von knappen Kassen für die Liberalisierung oder Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen, kann diese Entscheidung von darauf folgenden Regierungen mitunter nicht oder nur mehr mit hohen Kosten rückgängig gemacht werden.

War es nicht extrem schwierig, zu so komplexen Themen wie TTIP und CETA eine Kampagne zu entwickeln?

Ja und nein. Die vielen Abkürzungen sind schwierig. Aber wir sind im Zuge der Kampagne zu den Gemeinden gegangen und haben den Menschen gesagt: Passt auf, hier passiert etwas, was euch persönlich betrifft! Es wird Auswirkungen auf eure politischen Entscheidungs- und Handlungsspielräume haben. 400 Gemeinden haben eine Resolution gegen CETA und TTIP unterschrieben.

Wie geht ihr auf die Leute zu?

Wie arbeitet attac?

Wir halten viele Vorträge, veröffentlichen Bücher, Publikationen, produzieren kurze Filme. Wir erklären wirtschaftliche Zusammenhänge und möchten Menschen ermächtigen, dass sie selber aktiv werden können. Wir machen Medienarbeit, organisieren hin und wieder gezielt Demos, Veranstaltungen und öffentliche Aktionen.

„Unser Problem sind nicht die Flüchtlinge, sondern Finanzakteure, Banker und Großkonzerne und das eine Prozent der Vermögenden, die Unmengen an Geld anhäufen und in Steueroasen bunkern.“



BILD: © ATTAC ÖSTERREICH

Wichtig ist uns außerdem, Allianzen zu bilden. Wir haben es bei CETA und TTIP geschafft, sehr viele unterschiedliche Akteure zusammenzubringen, von Gewerkschaften wie der yunion über Umwelt- und Sozialvereine, über kirchliche Organisationen bis hin zu Jugendorganisationen. Gemeinsam erreichen wir mehr Menschen.

Warum ist es im Jahr 2007/2008 nicht gelungen, den großen Crash des neoliberalen Wirtschaftssystems für eine große Veränderung zu nutzen? Ist die globalisierungskritische Bewegung in Europa zu wenig geschlossen?

Damals – zur Zeit der Finanzkrise – hat es in vielen Ländern innerhalb vieler Akteure noch zu wenig Bewusstsein über bestimmte Zusammenhänge und die Notwendigkeit einer konzertierten Aktion auf europäischer Ebene gegeben. Es braucht beides: Arbeit in den Mitgliedsländern und ein koordiniertes Vorgehen auf europäischer Ebene, um Druck auf die eigenen Regierungen und die EU-Institutionen aufzubauen. Und es ist erstaunlich wenig Druck von der Straße gekommen. Die Neoliberalen haben die Krise für sich gut genutzt und es rasch geschafft, den Diskurs neu zu definieren, indem sie den Sozialstaat für die hohen Schulden verantwortlich gemacht und eine EU-weite Kürzungspolitik durchgesetzt haben.

Und das sät den Boden für den Aufstieg der rechten Parteien ...

Das und die immer stärker spürbaren Auswirkungen von 30 Jahren neoliberaler Wirtschaftspolitik. Die Schere zwischen Arm und Reich wird immer größer. Rechte Parteien machen jene, die noch weniger haben, zum Sündenbock dieser Entwicklungen. Unser Problem sind aber nicht die Flüchtlinge oder Migranten, sondern Finanzakteure, Banker und Großkonzerne und das eine Prozent der Vermögenden, die Unmengen an Geld und Vermögen anhäufen und in Steuer-oasen bunkern.

Ist es nicht schwierig, Menschen heute angesichts der Informationsflut zum Handeln zu motivieren?

Bei der Kampagne zur Handelspolitik kann ich das nicht sagen. Ich bin beeindruckt, wie viele Leute aktiv werden. Wir sagen: Politik ist mehr als wählen zu gehen! In einer Demokratie geht es um Mitgestalten, um ein Sich-permanent-Einmischen. Wenn du willst, dass die Welt anders wird, dann musst du aktiv werden!

Alexandra Strickner ist Ökonomin und Gründungsmitglied von attac Österreich im Jahr 2000. Seit 2010 koordiniert sie die Allianz „Wege aus der Krise“, 2014 hat sie die TTIP-, CETA- und TISA-Stopp-Kampagne mit aufgebaut.

attac Österreich

Ein gutes Leben für alle - heute und in Zukunft lebenden - Menschen bedeutet für uns konkret:

- Die Würde aller Menschen wird geachtet, die grundlegenden Bedürfnisse werden befriedigt, individuelle Entwicklungsmöglichkeiten gefördert.
- Die Ressourcen (Boden, Wasser, Pflanzen, Mineralien etc.) werden ökologisch und sozial nachhaltig genutzt und im Interesse des globalen Gemeinwohls gerecht verteilt.
- Menschen entscheiden gemeinsam darüber, was für wen in welcher Form produziert wird, wie gemeinwirtschaftliche Güter genutzt und erhalten werden und wie die strukturellen Rahmenbedingungen dafür zu gestalten sind. Menschen gestalten ihr Lebensumfeld selbstbestimmt mit.

www.attac.at

„Gutes Leben für alle!“ - Kongress

Wirtschaftsuniversität Wien
9. bis 11. Februar 2017

Eingeladen sind alle Menschen, die mitgestalten wollen, aus ÖGB und yunion; solche, die in der Stadt arbeiten, aus zivilgesellschaftlichen Organisationen, Food Coops, Reparatur-Cafés etc.
Infos auf:

www.guteslebenfueralle.org

Kann ich mir aussuchen, wie Überstunden abgegolten werden?



BILD: © PETRA SPOLIA

Wie Überstunden abgegolten werden, liegt im Ermessen der anweisenden Dienststelle. Die Dienst- und die Vertragsbedienstetenordnung normieren dazu Folgendes:

Angeordnete Überstunden sind im Verhältnis 1 : 1,5 nach den besoldungsrechtlichen Bestimmungen bzw. in Freizeit auszugleichen. Dasselbe gilt im Verhältnis 1 : 2 für angeordnete Überstunden, die in der Nacht (von 22 Uhr bis 6 Uhr) bzw. an Sonn- und Feiertagen geleistet werden. Teilzeitkräfte sollten allfällige Mehrdienstleistungen innerhalb eines Quartals 1 : 1 in Freizeit ausgleichen bzw. nach Ablauf des Quartals 1 : 1,125 ausbezahlt bekommen.

Eine Kombination aus Freizeit und monetärer Abgeltung ist selbstverständlich auch möglich (z.B. 1 Stunde Freizeitausgleich und ½ Stunde monetäre Bezahlung oder umgekehrt). Ebenso können seit einiger Zeit Nacht- bzw. Sonn- und Feiertagsstunden (Verhältnis 1 : 2) auch ausschließlich in Freizeitausgleich konsumiert werden.

Bei der Art der Abgeltung ist in jedem Fall darauf zu achten, dass der ordentliche Dienstbetrieb aufrechterhalten werden kann. Bei Fragen wenden Sie sich an Ihre FSG-GewerkschafterInnen.

☎ manfred.obermueller@wien.gv.at

Muss ich Nebengebühren, die mir irrtümlich ausbezahlt wurden, zurückzahlen?



BILD: © PETRA SPOLIA

Meistens ja! Die Dienstgeberin kann das Geld (Übergenuss) zurückverlangen, wenn der Fehler der oder dem Bediensteten hätte auffallen müssen – und das für die letzten drei Jahre.

Eine Chance, das Geld zu behalten, besteht nur, wenn man es „in gutem Glauben“ erhalten hat. Das ist aber schlüssig zu beweisen – zum Beispiel, wenn das Gehalt von Monat zu Monat unterschiedlich ist oder die Auszahlung von Nebengebühren zu Recht erwartet werden konnte. Ist dies nicht der Fall, wird die Dienstgeberin den Übergenuss beim nächsten Mal einbehalten. Es ist aber möglich, dies in Raten abzugelten, um Bedienstete finanziell nicht zu überfordern. Der Verwaltungsgerichtshof verfolgt beim Übergenuss eine sehr strenge Rechtsprechung. Es ist trotz des Irrtums der auszahlenden Stelle nicht entscheidend, ob die/der Bedienstete in Besoldungsfragen gebildet ist oder ob sie/er verpflichtet ist, Überprüfungen vorzunehmen, sondern ob es möglich oder zumutbar gewesen wäre, einen Übergenuss zu erkennen.

Es lohnt sich also jedenfalls, sich seinen Gehaltszettel genau anzusehen und ihn bei Unklarheiten sofort zu überprüfen.

☎ margit.pollak@wien.gv.at

Warum bekommen manche zwei Infos von der VBV?



BILD: © PETRA SPOLIA

Es gibt zwei Möglichkeiten, Informationsschreiben der VBV zu erhalten: Informationen zur Pensionskassenvorsorge (siehe Beitrag auf Seite 13) und zur MitarbeiterInnenvorsorge.

Zum einen gibt es Informationen für alle Bediensteten, die der Pensionskassenvorsorge unterliegen. Dies betrifft sowohl BeamtInnen (geboren nach dem 30. 11. 1959) als auch Vertragsbedienstete (Männer geboren nach dem 30. 6. 1948, Frauen nach dem 30. 6. 1953). Sie erhalten ein Mal jährlich von der VBV-Pensionskasse ihre Nachricht über die Beitrags- und Kapitalentwicklung. Dies betrifft sowohl die DienstgeberInnenbeiträge als auch eventuelle Eigenbeiträge.

Vertragsbedienstete, die nach dem 1. 1. 2005 zur Gemeinde Wien eingetreten sind, unterliegen dem Wiener MitarbeiterInnenvorsorgesetz (Abfertigung neu). Diese Bedienstetengruppe erhält noch eine weitere Information von der VBV, diesmal nämlich von der VBV-MitarbeiterInnenvorsorgekasse AG. Auch hier gibt es ein Mal jährlich eine Kontoinformation.

☎ guenter.unger@wien.gv.at

Pensionskasse der Gemeinde Wien - Teil 1

Gewerkschaft und Stadt Wien haben bereits vor Jahren im Zusammenhang mit der Pensionsreform die Schaffung einer Pensionskasse beschlossen. Damit sollen massive Änderungen im Pensionssystem abgedeckt werden.

Sicheres Einkommen auch im Alter wird wegen steigender Lebenserwartung immer wichtiger. Die PensionistInnen benötigen wegen der steigenden Kosten im staatlichen Pensionssystem zusätzliches Einkommen, um den Lebensstandard, den sie während der Erwerbstätigkeit erreicht haben, halten zu können. Gewerkschaft und Gemeinde Wien haben darauf bereits sehr früh reagiert und Rahmenbedingungen zur Abfederung der allfälligen Verluste ausverhandelt.

Pensionskassenleistung kann ergänzt werden

Die Wiener Pensionsreform im Jahr 2004 hat nicht nur massive Veränderungen im Pensionsrecht gebracht. Dienstgeberin und Gewerkschaft haben sich aus diesem Anlass auf die Einführung einer Pensionskasse ab 1. Jänner 2005 geeinigt. In weiterer Folge wurde zwischen dem hierfür zuständigen Zentralausschuss der Personalvertretung der Bediensteten der Gemeinde Wien eine Vereinbarung abgeschlossen, in welcher alle notwendigen Rahmenbedingungen geregelt wurden. Nach EU-weiter Ausschreibung der Pensionskasse ging die „ARGE GeWien“ (besteht aus der VBW-Pensionskasse AG und der ÖPAG-Pensionskassen AG) als Bestbieterin hervor. Die Dienstgeberin hat am 25. September 2009 den Pensionskassenvertrag abgeschlossen. Aus diesem Vertrag ergeben sich Beitrags- und Leistungspflichten für die Dienstgeberin Stadt Wien und die Option einer freiwilligen Selbstbeteiligung für die Bediensteten bestimmter Jahrgänge.

Dienstgeberbeiträge seit 2005 bezahlt

Für Verwirrung und Unsicherheit bei vielen betroffenen KollegInnen sorgte, dass die Pensionskasse bereits seit 1. Jänner 2005 gültig war, aber erst Ende September 2009 vertraglich finalisiert wurde. Das begründet sich vor allem in der komplexen Ausschreibung. Unabhängig davon hat die Dienstgeberin Ende 2009 die seit 1. Jänner 2005 angefallenen Dienstgeberbeiträge überwiesen. Aus diesen Beiträgen erwerben die von der Pensionskassenvorsorge erfassten Bediensteten

Anspruch auf Alterspension bzw. Dienstunfähigkeits-, Berufsunfähigkeits- bzw. Invaliditätspension sowie auf Hinterbliebenenpension, die zusätzlich zur gesetzlichen Pension gebührt.

Ein Prozent bis ASVG-Höchstbeitragsgrundlage

Die Pensionskasse gilt für

- alle BeamtInnen, die nach dem 30. November 1959 geboren sind,
- alle nach dem 30. Juni 1948 geborenen männlichen Vertragsbediensteten und
- alle nach dem 30. Juni 1953 geborenen weiblichen Vertragsbediensteten

nach ununterbrochener Dienstzeit von einem Jahr (=Wartezeit) bei der Gemeinde Wien.

Für alle von der Pensionskasse betroffenen Bediensteten leistet die Dienstgeberin grundsätzlich 1 % der Bemessungsgrundlage bis zur jeweiligen monatlichen ASVG-Höchstbeitragsgrundlage (Wert des Jahres 2016: 4.860 Euro). Bemessungsgrundlage für den monatlichen Beitrag der Dienstgeberin ist der jeweils gebührende Monatsbezug abzüglich der Kinderzulage, jedoch inklusive Sonderzahlungen. Ist der Grundbeitrag geringer als der in der Pensionskassenvereinbarung vereinbarte Mindestbeitrag (= Sockelbeitrag), leistet die Dienstgeberin aus sozialen Gründen anstelle des Grundbeitrages einen Sockelbeitrag für vollbeschäftigte Bedienstete. Im Jahr 2016 beträgt er 23,85 Euro monatlich. Im Fall einer Teilzeitbeschäftigung wird dieser Sockelbeitrag aliquotiert.

✉ manfred.obermueller@wien.gv.at

Alles Wissenswerte zu Zusatzbeträgen, Sonderleistungen, Beiträgen von Bediensteten, Optionsmöglichkeiten sowie praktische Beispiele finden Sie in unserer nächsten teamwork-Ausgabe 1/2017.
Für Fragen stehen Ihnen aber auch schon jetzt Ihre FSG-GewerkschafterInnen jederzeit zur Verfügung.

Einsteiger, Umsteiger, Aufsteiger

Das Magistratische Bezirksamt für den 1. und 8. Bezirk hat eine neue Leiterin: Die bisherige Direktorin des Stadtschulrats für Wien Dr.ⁱⁿ Eva Schantl-Wurz folgte Dr. Dietmar Klose, der die Leitung der MA 36 übernommen hat.



BILD: © SCHANTL-WURZ PID / WALTER SCHAUß-WALZER

Auszeichnungen für Innovationen

Das Goldene Staffelholz für zukunftsweisende Projekte haben u. a. erhalten: MAG ELF (für die Unterstützung bei der Überwindung der Traumata jugendlicher Flüchtlinge und für die Beratung von Jungeltern zum Umgang mit Neugeborenen), MA 13 - Musikschulen (geben Konzerte auf Intensivstationen und helfen WachkomapatientInnen zurück ins Leben); MA 14 und MA 63 (durch optimiertes „GISA-Gewerbeinformationssystem Austria“ Behördenwege erspart), MA 17 - Integration und Diversität (erleichtert Flüchtlingen die Integration ab Tag eins), MA 18 - Stadtplanung, für die Kommunikation der „Smart City Wien Initiative“, MA 33 - Wien Leuchtet (für fußgängerfreundliche Ampelschaltungen an Übergängen; erhielt auch Sonderpreis für erfolgreiches Lernen aus Fehlern) sowie „Wiener Wohnen“ für das Traineeprogramm MoveON für „High Potentials“.



BILD: © MA 23

Sicherer Arbeitsplatz macht glücklicher als Geld

Sehr hohe und sehr niedrige Gehälter können sich auf die Fähigkeit, anderen Menschen zu vertrauen, niederschlagen.



© SYMBOLFOTO - SHUTTERSTOCK / JAKOV FILIMONOV

Wer mehr verdient, hat es leichter, an das Gute im Gegenüber zu glauben. Das zeigte eine repräsentative Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW), an der jährlich 20.000 Menschen teilnehmen und sich zur subjektiven Lebens- und Arbeitszufriedenheit, dem Bruttostundenlohn, der Bildung und Gesundheit äußern.

Dass Gehaltserhöhungen alleine auf Dauer nicht glücklicher machen wissen GewerkschafterInnen, die sie mit viel Überzeugungsarbeit durchgesetzt haben. Ein paar Monate später ist die Freude darüber verpufft. Eine neue Untersuchung des Instituts der deutschen Wirtschaft hat das kürzlich auch wissenschaftlich bestätigt.

Hohe Flexibilität, Fortbildungsmöglichkeiten und ein sicherer Arbeitsplatz sind oft wichtiger als gute Bezahlung.

Am besten sei es, „seine Arbeit möglichst nahe an einer Aktivität zu orientieren, bei der man sich in völliger Vertiefung verlieren kann“, was der US-Psychologe Mihály Csikszentmihályi als „Flow“ bezeichnet. „Nur dann kann man die Zeit und Energie aufbringen, um Experte in seinem Feld zu werden - und Studien zeigen, dass es immer die Besten eines Faches sind, die aus ihrem Feld den finanziell höchsten Profit schlagen.“ Selbst wenn dieser Fall nicht eintrete, wiege die richtige Tätigkeit manch finanzielle Defizite auf.

 teamwork@andraschko.at

<http://orf.at/stories/2353302/2353300>

www.iwkoeln.de/studien/iw-trends/beitrag/mara-ewers-vertrauen-und-emotionale-stabilitaet-als-determinanten-von-erfolg-und-lebenszufriedenheit-290749

www.nytimes.com/2016/07/24/upshot/first-rule-of-the-job-hunt-find-something-you-love-to-do.html

CETA - Eine Zeitbombe tickt gefährlich

Laut den politischen Verantwortlichen sollen durch den Handelsvertrag CETA Wachstum und Arbeitsplätze geschaffen werden. Was die Wiener Berufsrettung betrifft, darf dies jedoch mit Vorsicht genossen werden. Wird sie künftig auf dem Markt privaten Gewinnstrebens geopfert?

CETA – Comprehensive Economic and Trade Agreement, ein bilaterales Freihandels- und Investitionsschutzabkommen zwischen der EU und Kanada, wurde im Vorfeld von Euphorie und Skepsis begleitet. Nicht gänzlich ausgeräumt ist die Sorge, dass sich hinter CETA ein massiver Angriff auf alles verbirgt, was uns wichtig ist, auch wenn die Hierarchen jetzt ihre Sorgen abgeschüttelt haben: Der Schutz von sozialer Sicherheit, Arbeitsrechten, Umweltschutz und nachhaltiger Landwirtschaft, öffentlichen Dienstleistungen und Demokratie scheinen nun kein Problem mehr zu sein. Sieht man sich Gewinner und Verlierer auf beiden Seiten an, erscheint es eindeutig, dass Menschen in Europa und Kanada eine weitere Verschlechterung ihrer Lebensqualität erfahren werden und auch die Umwelt das Nachsehen hat, Konzerne hingegen auf beiden Seiten des Atlantiks als Sieger hervorgehen werden.

Die Freiheit der Wölfe ist also der Tod der Schafe.

Gehört der Rettungsdienst zur Marktwirtschaft?

Ob eine drohende Privatisierung von Leistungen der Daseinsvorsorge ausgeräumt ist, wird sich wahrscheinlich erst mittelfristig weisen. Juristisch dreht sich die Auseinandersetzung um eine Liberalisierung des Marktzuganges vor allem um die Frage: Ist Notfallrettung und Krankentransport ein normales Gewerbe, in dem Wettbewerb zugelassen sein muss? Oder handelt es sich beim Rettungsdienst wie bei der Feuerwehr oder Polizei um die sogenannte staatliche Daseinsvorsorge, für die andere Regeln des Marktes gelten?

Ferner ist zu klären, ob eine Ausschreibungspflicht bestünde oder nicht. Die Situation in Deutschland zeigt vor, wie es um die ehrenamtlichen Helfer bestellt sein würde, wenn der Rettungsdienst zunehmend von Unternehmen betrieben würde. Es gäbe sie bald nicht mehr!

Ich schlage deshalb vor, dass wir aufhören, von Privatisierung zu sprechen, und stattdessen Worte verwenden, die die Wahrheit deutlich machen: „Wir



BILD: © YOUNION _ DIE DASEINSGEWERKSCHAFT

reden über die Veräußerung und Preisgabe der Ergebnisse jahrzehntelanger Arbeit Tausender Menschen an eine winzige Minderheit großer Investoren. Dies ist einer der größten Raubüberfälle unserer und aller bisherigen Generationen.“ (Susan George).

Auch die youunion _ HG1 setzt ein Zeichen gegen CETA.

✉ erwin.feichtelbauer@wien.gv.at

2013 kaufte das Land Berlin die teilprivatisierten Wasserbetriebe vom Veolia-Konzern zurück, nachdem sich nahezu alle BerlinInnen für die Rekommunalisierung ausgesprochen hatten. Unter dem privaten Wasserversorger waren die Kosten für BürgerInnen und Kommune explodiert. Freiburg holte die Gebäudereinigung zurück, später auch Dortmund, Bochum und Grevenbroich. Sie alle können nicht geirrt haben, auch wenn das die Privatisiererlobby gerne hätte. Und die Troubles nach Privatisierung der britischen Bahn unter Margaret Thatcher sind hinlänglich bekannt. Der Allgemeinheit blieben horrenden Kosten, während private Unternehmer Unsummen ohne echte Gegenleistung eingestreift hatten.

Gewerkschaft: **Hundert zusätzliche Jobs** durchgesetzt

Nach 20 Jahren und der Explosion der Reinigungsfläche um 100.000 Quadratmeter hat die Gewerkschaft jetzt hundert zusätzliche Dienstposten herausverhandelt. Es war höchste Zeit.



© SYMBOL.FOTO: SHUTTERSTOCK / VESTUDIO

Das verdient Applaus: 100 neue Dienstposten durchgesetzt!

Seit 1995 waren die Dienstposten für SchulwartInnen und RaumpflegerInnen gedeckelt. Wir haben also seit mehr als 20 Jahren bei gleich bleibendem Personalstand 100.000 Quadratmeter mehr an zu reinigendem Schulraum aufgehalst bekommen. Jetzt endlich hat die Gewerkschaft hundert zusätzliche Dienstposten durchgeboxt.

„Produktivitätssteigerung“ zynisch für Arbeitsdruck

Wenn in Zusammenhang mit der ständigen Überforderung der Begriff Produktivitätssteigerung in den Mund genommen wird, ist das purer Zynismus. Denn diese gewaltige Mehrleistung der KollegInnen

war zum Teil nur durch die Erbringung permanent zu verrichtender Über- bzw. Mehrstunden der 40-Stunden-SchulwartInnen und RaumpflegerInnen sowie einer erheblichen Mehrbelastung der zeitungeregelten SchulwartInnen zu schaffen. Diesen Missstand aufgezeigt hat vor einiger Zeit auch eine Umfrage der Gewerkschaft unter unseren KollegInnen zum Thema „Arbeitsdruck“.

Die neue Stadträtin verstand unser Problem

Die GewerkschafterInnen suchten die Lösung unseres dringenden personellen Problems auf politischer Ebene und legten dem vormaligen Stadtrat unser Anliegen zur Unterstützung vor. Monate zogen ins Land, geschehen ist jedoch nichts.

Nach den Gemeinderatswahlen im Herbst 2015 wechselte die MA 56 zu Stadträtin Sandra Frauen-

berger. Bei unserem Antrittsbesuch im Jänner 2016 konnten wir, unterstützt von HG1-Vorsitzendem Norbert Pelzer, der neu zuständigen Politikerin unsere prekäre Personalsituation darlegen. Die inzwischen ins Land gezogene Wiener Struktur- und Ausgabenreform ließ uns aber befürchten, mit WiStA würden unsere Forderungen den Bach hinuntergehen („teamwork“ berichtete).

Durchatmen: Es gibt 100 zusätzliche Dienstposten

Das Gegenteil war der Fall. Denn nur einige Tage später wurde die Dienststelle aufgefordert, einen Antrag auf Aufstockung des Dienstpostenplanes zu stellen.

Der Erfolg unseres gewerkschaftlichen Einsatzes: Bereits im August erfolgte die Zusage zur Aufstockung des Dienstpostenplanes um 100 (!) zusätzliche Dienstposten, auf vier Jahre verteilt, beginnend mit September 2016. Unser Einsatz getreu dem Motto der HG1 FSG „Einsetzen – Umsetzen – Durchsetzen!“ hat sich gelohnt. Gut, dass es die Gewerkschaft gibt! Wer sonst hätte das erreichen können!

Wien wächst. Die Aufgaben auch. Wer macht's?

Um den Anforderungen der wachsenden Stadt zu entsprechen, werden fortwährend neue Schulen gebaut und bestehende Schulobjekte durch Zubauten erheblich vergrößert. Das ganztägige Schulangebot wurde Jahr für Jahr in allen Bezirken Wiens vermehrt, und es gibt zusätzlich unterschiedliche Betreuungformen. Um Klassenräume für die Kinder zu schaffen, werden Funktionsräume, wie z. B. Werkräume, in Klassen umgewidmet, die in Folge auch täglich in den Nachmittagsstunden benutzt werden. Ohne zusätzliches Personal geht das eben nicht.

✉ walter.krammer@wien.gv.at
✉ manfred.paleczek@wien.gv.at

Unterm **Weihnachtsbaum** viele Rechnungen

Die Buchhaltung schaut, dass die „Kassa“ stimmt, die Leitung schaut, dass das „Haus“ funktioniert. Eine administrative Unterstützung durch entsprechend geschulte KollegInnen wäre da fein.

In den letzten Jahren haben die Bestimmungen für den Einkauf und den Umgang mit Rechnungen massiv zugenommen. Im Wissen, dass es sich dabei ja um öffentliche Gelder handelt, verständlich. Kostenbewusstsein, Transparenz und Kontrolle haben da durchaus ihre Berechtigung.

Was bedeutet das aber in der Praxis? Kostenbewusstsein, Transparenz und Kontrolle waren auch schon vorher für unsere MitarbeiterInnen eine Selbstverständlichkeit. Für das Haus und für die Kinder wurde gerne darauf geachtet, finanzielle Mittel sinnvoll und ressourcenorientiert einzusetzen.

KollegInnen hatten oft bei anderen Erledigungen, manche sogar beim privaten Wochenendeinkauf, die Augen offen und Praktisches und Nötiges für das Haus gleich mitbesorgt. Diese Vorgangsweise spart Zeit. Eigentlich eine gute Sache, könnte man meinen. Wenn es um die derzeitige buchhalterische Sicht geht, jedoch nicht. Da hilft kein besonders günstiger Preis und auch kein „G'spür“ für Wesentliches.

Rechnungspraxis derzeit wenig praxisfreundlich

Menschen im pädagogischen Feld arbeiten Tag für Tag mit Bedürfnissen, sind flexibel und gewohnt, sich auf Situationen neu einzustellen. Warum werden also Neuerungen und Mehraufwand bei Verrechnung/Beschaffung als so störend empfunden? Die Grundhaltung der KollegInnen ist meist: sich für Menschen und deren Bedürfnissen einzusetzen. Das ist ja auch ihre Kernaufgabe und wird als sinnvoll gesehen. Alles, was diesen Einsatz zusätzlich erschwert und mehr Zeit kostet, wird als unnötig, sinnlos und belastend betrachtet.

Zwischen „Haushalten können“ und „Buchhaltung“ liegen Welten. Nicht umsonst ist das Beschaffungswesen eine eigene Materie mit ExpertInnen. Dringend notwendig und wichtig, damit dieser große Betrieb wirtschaftlich und rechtlich abgedeckt arbeiten kann. Aber die innere Logik des Systems „Verrechnung“ hat wenig mit der inneren Logik einer situationsorientierten Praxis zu tun. Dass sich da „Verständnisprobleme“ ergeben, ist klar.



© SYMBOLFOTO: SHUTTERSTOCK / MONKEY BUSINESS IMAGES

Konzentration auf das Wesentliche

Gefordert ist somit gegenseitiges Verständnis, aber auch das Bewusstsein, eine gute Buchhaltung diene dazu, dass „Kindergärten“ optimal arbeiten können. Kindergartenpersonal soll sich auf seine ureigenen Aufgaben konzentrieren können – den Einsatz für Menschen. Kurz gesagt: Die Buchhaltung schaut, dass die „Kassa“ stimmt – die Leitung schaut, dass das „Haus“ funktioniert. Eine administrative Unterstützung durch entsprechend geschulte KollegInnen wäre also fein. Durch Personen, die sowohl die Praxis „da draußen“ kennen als auch relevante Kompetenzen erworben haben.

Vielleicht ist dieser Ansatz ja auch eine Möglichkeit, einen Schritt hin zu alternsgerechten Arbeitsplätzen für KollegInnen zu machen ...

Diese Gedanken sind nicht neu, aber wann, wenn nicht zu Weihnachten, darf man sich was wünschen?!

Schuster bleib bei deinem Leisten: Budgetverwaltung ist nicht ureigene Aufgabe des Kindergartenpersonals. Administrative Unterstützung durch ausgebildete KollegInnen wäre notwendig.

✉ marianne.klepac-baur@wien.gv.at
✉ margit.pollak@wien.gv.at

Diese Reise hat ein falsches Ziel

Es beruhigt mich auf gar ka Weise, wenn wir alle z'sammen untergeh'n: Das beliebte Herrentrio Steinbäcker, Timischl, Schiffkowitz (S.T.S.) könnte geahnt haben, was uns allen durch WiSta droht.



© SYMBOLFOTO: SHUTTERSTOCK/ OLGA GAVRILOVA

Weiß der Kapitän, wohin die Reise gehen soll?

Viele KollegInnen werden diesem Lied zustimmen. Der Magistrat muss sparen, und niemand weiß, wie lange das noch so weitergeht. Jede Neuerung wird bestenfalls skeptisch betrachtet, da es ja eh nur wieder eine Verschlechterung sein wird.

Die Arbeit wird immer mehr, aber wir bekommen immer weniger Ressourcen, um sie zu erledigen. Unsere „Kapitäne“ haben immer weniger Treibstoff, um das Schiff sicher in den Hafen zu bringen.

In der MA 42 wird jetzt ein neuer Weg gegangen. Mithilfe unserer Stadträtin Ulli Sima wurde das Projekt 2017+ ins Leben gerufen. Alle KollegInnen wur-

„Es kann nicht sein, dass wir immer wieder gezwungen werden, noch mehr beim Personal zu reduzieren.“

den von unserem Direktor aufgerufen, schriftlich – und wenn gewollt, auch anonym – ihre Ideen und Gedanken zu unserer Zukunft in den Wiener Stadtgärten einzubringen.

Beim Personal zu sparen, ist fantasielos

Denn wir in der 42er wissen am besten, wie man mit dem Budget sparsamer umgehen kann, ohne dass gleich weniger Personal beschäftigt wird. Es muss nämlich nicht immer bei den MitarbeiterInnen im kleinen Bereich gespart werden. Es gibt genug andere Möglichkeiten, sinnvoll und ohne dass Menschen die Existenzgrundlage genommen wird, Aufwände zu verkleinern. Es kann nicht sein, dass wir, die ohnedies schon seit fünf Jahren sparen, immer wieder gezwungen werden, noch mehr beim Personal zu reduzieren.

Wir werden sehen, wie das Projekt angenommen und welche Ergebnisse es geben wird. Auf jeden Fall ist es schon besser, jetzt etwas zu tun, als nur zuzuschauen und zu nörgeln.

Versuchen wir alle gemeinsam, das Schiff in die richtige Richtung zu steuern!

In diesem Sinne: Schiff ahoi.

werner.krachler@wien.gv.at
erwin.grguric@wien.gv.at

Wohin geht die Fahrt, wohin die Reise?

Nimm mich, wenn's geht, net mit, Kapitän.
 Es beruhigt mich auch auf gar ka Weise,
 wenn wir alle z'sammen untergeh'n.
 alles muss immer mehr werd'n und immer schneller,
 die Krallen g'schärft, die Ellbog'n knochenhart.
 Das Licht am Horizont wird nur net heller,
 wenn man in die falsche Richtung fährt.
 (S.T.S. - Wohin die Reise)

MA 11 – Sozialpädagogische Regionen

WirtschaftshelferInnen und HausprofessionistInnen

Nach langen Gesprächen ist es gelungen, eine Änderung in der Dienstbekleidungsordnung zu erreichen. Die erforderliche Dienstbekleidung wird vereinheitlicht und erweitert. WirtschaftshelferInnen erhalten ab sofort drei Poloshirts. HausprofessionistInnen (incl. HA, FA etc.) erhalten ab sofort eine Arbeitsjacke, eine Arbeitshose, ein Paar Arbeitsschuhe und je zwei T-Shirts.

Bauliche Sicherheitsmaßnahmen in den Krisenzentren

Die Befragung der KollegInnen durch die FSG zum Thema Sicherheit in den Krisenzentren ist abgeschlossen und wurde der MA 11 übergeben. Die Wünsche der KollegInnen reichen vom Einbau von Gegensprechanlagen mit Kamera über Sicherheitstüren bis hin zu Notfallsarmbändern. Die FSG bemüht sich um rasche Umsetzung!

Lebenslanges Lernen

Die erste Wirtschaftshelferin hat die berufsbegleitende Ausbildung zur Sozialpädagogin abgeschlossen. Kurz darauf hat sich wieder eine Wirtschaftshelferin für dieses Fort- und Weiterbildungsprogramm angemeldet, das durch die MA 11 tatkräftig unterstützt wird. Es befinden sich zurzeit vier WirtschaftshelferInnen in der Ausbildung.

Die FSG setzt sich entsprechend dem Wunsch vieler SozialpädagogInnen nach Schaffung von Teilzeitposten ein. Gefordert wird Teilzeit oftmals nach der Elternkarenz oder zur Fort- und Weiterbildung. In einigen Krisenzentren können weitere Teilzeitposten entstehen. Uns ist es wichtig sicherzustellen, dass die KollegInnen in ihren Teams über solche Veränderungen mitentscheiden können.

 andreas.walter@wien.gv.at

„Wir FSG-GewerkschafterInnen sind an den Arbeitsplätzen der KollegInnen, hören zu und setzen ihre Forderungen am Verhandlungstisch um!“

Die beste Gewerkschaft der Welt

„teamwork“ zitiert hier auszugsweise einen Blog von Eric Frey vom vergangenen September. Frey ist Redakteur bei der Wiener Tageszeitung „Der Standard“ und Österreich-Korrespondent der Londoner Wirtschaftszeitung „Financial Times“.

Österreich habe ein Riesenglück, dass der ÖGB so stark und vernünftig sei, schreibt Eric Frey. „Die Stärke des ÖGB ist eines der Geheimnisse, warum es Österreich bei allen Fehlern und Versäumnissen immer noch so gut geht“, sieht Frey seinen Gewerkschaftsbund „als Säule der österreichischen Demokratie“, nicht nur als Kämpfer für Eigeninteressen.

Kaum Streiks und moderate Lohnabschlüsse

Die Folge sei, schreibt Frey weiter, meist eine konstruktive Verhandlungsführung ... und moderate Lohnabschlüsse, die dennoch dafür sorgen, dass die Arbeitnehmer an den Produktivitätsgewinnen teilhaben.

Hier sei Österreich auch der deutschen Gewerkschaftsbewegung überlegen, die Kleingewerkschaften wie die der Piloten oder Lokführer nicht im Griff hat. In Deutschland wird daher mehr gestreikt als bei uns – und das öffentliche und wirtschaftliche Leben damit gestört, ohne dass ein gesamtgesellschaftliches Ziel verfolgt wird.

Wenn die Gewerkschaft einer Änderung zustimmt, dann geschieht es im Rahmen eines breiten Konsenses, der zukünftige Konflikte verhindert oder entschärft.

„Eine marktwirtschaftliche Demokratie braucht Gewerkschaften und diese haben im Idealfall das Wohlergehen der gesamten arbeitenden Bevölkerung im Blick. Kaum anderswo ist dies so sehr der Fall wie in Österreich, dem Land mit der besten Gewerkschaft der Welt.“ (Eric Frey, 25. 9. 2016)

<http://mobil.derstandard.at/2000044508581/>
Die-beste-Gewerkschaft-der-Welt

Teilung, Zusammenlegung - Bezirksamt, quo vadis?

Die MitarbeiterInnen haben aufwändige Verwaltungsabläufe nicht erfunden. Aber daran wollen sich die BeamtInnen-BasherInnen nicht so gerne erinnern.

Was sagen Sie zur gegenwärtigen Diskussion über die Teilung oder Zusammenlegung der Bezirke? Ja, nein, weiß nicht, bin da nicht zu Hause? Umso heftiger war die Reaktion der Medien, um das Thema am Köcheln zu halten. Tabuloses Denken und ein paar Überlegungen weiter in den Kreis der BezirksvorsteherInnen geworfen, und prompt erklang der Chor der Flächenbezirksvorsteher, die von einer Teilung aber so absolut gar nix hielten. Menschlich verständlich, dass sich keiner selbst abschaffen bzw. in seiner Macht beschneiden lassen würde.

In Zeiten des eisernen Sparens ist es erlaubt, über alles nachzudenken. Es darf aber niemals vergessen werden, dass die Stadt jährlich um die Größe von Wiener Neustadt (!) wächst. Mehr Bevölkerung bedeutet logischerweise mehr Arbeit.

Wien mit seinen 23 Bezirken und 18 magistratischen Bezirksämtern wird gerne medial als „Bürokratiehochburg“ verschrien. Jetzt kann man überlegen, ob man zu Routinebegehungen wirklich eine Phalanx an BezirksrätInnen, FachdienststellenmitarbeiterInnen und sonstige VertreterInnen der Geschmackskommissionen dabei haben muss, aber eines ist auch klar: Wien hätte nicht 1A-Standard, der international so begeistert akklamiert wird, wenn da nicht jede Genehmigung von A bis Z durchdacht worden wäre.

Trau keiner nicht selbst gefälschten Statistik

Mal so nebenbei zur Klarstellung: Der Hund, der medial und in der Öffentlichkeit als „Schikane“ empfunden wird, liegt eigentlich woanders begraben: EU-Auflagen,

Bundesgesetze und vor allem die Gewerbeordnung. Pikant ist aber, dass bei Letzterer just die am lautesten dagegen protestiert, die sie erfunden hat: die Kammer.

Es wird nämlich immer wieder vergessen, dass in Wien z. B. bei Betriebsanlagengenehmigungen rund 97 (!) Prozent der eingereichten Unterlagen unvollständig sind. 75 (!) Prozent sind es trotz der Beratungsleistung durch die eigens dafür abgestellten BeraterInnen der Kammer. Über die Medien wird dann gefordert: Schneller soll's gehen – und bitte nicht zu Lasten der armen neuen UnternehmerInnen.

Zumeist wird dann auf die „kurzen Verfahren“ in Niederösterreich hingewiesen. Eh klar, dort beginnt die Bearbeitungszeit erst, sobald der Akt vollständig eingereicht ist. In Wien gilt sie jedoch schon ab Erstantrag. Tja, frei nach Churchill: Es gilt nur die Statistik, die ich selbst gefälscht habe.

Liebenswerte Wiener Eigenschaft: Meckern

Die MitarbeiterInnen und LeiterInnen dieser „Bezirksbürokratiehochburgen“ „magistratische Bezirksämter“, das sind smarte, pragmatische und zu Unrecht unterschätzte Kapazunder, die 1,3 Mio. Geschäftsfälle pro Jahr bearbeiten und 4,5 Mio. KundInnenkontakte pflegen. Wenn z. B. wie kürzlich das Parkpickerl in einem Bezirk wie Währing ohne eine einzige Beanstandung eingeführt wird, verliert keiner ein Wort darüber. Auch nicht darüber, dass es extra erweiterte kundenfreundliche Öffnungszeiten für den großen Run aufs Amt gegeben hat. Ist ja selbstverständlich.

Denn es liest sich viel besser, dass endlich Privilegien und bürokratische Hürden abgebaut werden müssen. Auf die Menschen, die mit hohem persönlichem Engagement ausgezeichnete Leistungen für die BürgerInnen dieser Stadt erbringen, wird dabei vollkommen „vergessen“. Kein Wunder also, dass sie den Medien entnehmen müssen, worüber in Zeiten des Sparens nachgedacht wird.

„Wir erfahren erst aus den Medien, worüber beim Sparen nachgedacht wird.“

Stell dir vor, es sind Wahlen und **keiner geht hin**

Mit der Teilnahme an Wahlen können wir zeigen, was uns für uns und andere Menschen wichtig ist. Und wir können als GewerkschafterInnen und PersonalvertreterInnen auch unmittelbar unser Engagement unter Beweis stellen.

Passiert am 18. September 2016, im zweiten Wiener Gemeindebezirk, bei einer Wiederholungswahl auf Bezirksebene. Mit einer Wahlbeteiligung von 36,5 % gegenüber der ersten Wahl mit 64,6 % hat bei dem zweiten Urnengang die Minderheit über die Mehrheit abgestimmt. Die meisten haben sich sofort gefragt: „Wie konnte so was passieren?“ Sind Wahlen überholt, ist die Forderung auf Mitbestimmung und -wirkung auf dieser Ebene noch zeitgemäß? Im Endeffekt könnte man meinen, dass die demokratisch legitimierte Volksvertretung in Gefahr sei.

Bei den Nachbarn wankt die Demokratie

Wer in die Zukunft gehen möchte, muss auch wissen, woher man kommt! Mit der Einführung des allgemeinen österreichischen Männer- (1907) und des Frauenwahlrechts (1918) wurde es möglich, aktiv zu wählen und passiv gewählt zu werden. Die Wahlbeteiligung zum Beispiel bei Nationalratswahlen 1945 bis 1986 lag zwischen 96,0 % und 90,5 %. 2013, bei der letzten Nationalwahl, gingen zwar nur drei von vier WählerInnen zu den Wahlurnen; das Interesse ist dennoch weiterhin groß.

Wie es anderswo mit der Demokratie steht, zeigt uns der Blick auf einzelne benachbarte Länder. Wie zum Beispiel nach Ungarn, wenn Orbán bei rechtsextremen Entwicklungen wegschaut, die Pressefreiheit über Nacht durch Schließung der größten Tageszeitung stark abwertet und damit droht, über eine Million Flüchtlinge in Lager außerhalb von Europa abzuschieben.

Die polnische Regierung hat sich für eine Verschärfung des Abtreibungsgesetzes starkgemacht und ist nur wegen heftiger Proteste der Bevölkerung gescheitert. Andererseits spricht Kaczynski davon, dass eine Revolution in der EU nötig sei, damit Polen seine „Freiheit wiedererlangt“.

Wer dem Ruf nach einem starken Mann folgt, macht's nicht gut

Und in Österreich, wo der Ruf nach dem starken Mann immer lauter wird? Mit der Verbreitung von Unwahr-



© SYMBOLBILD, SHUTTERSTOCK/ALPHASPIRIT

heiten und unbegründeten Ängsten erzeugen bestimmte PolitikerInnen ständig Unruhe in der Bevölkerung. Mit Aussagen über das Damoklesschwert eines Bürgerkriegs wird der Bestand der Demokratie infrage gestellt und an die Wand gemalt, „was alles möglich ist“.

Wir leben in Wien in einer der schönsten Städte Europas, die dank der politischen Konstellation und der hervorragenden Arbeit ihrer Bediensteten für die Daseinsvorsorge sehr gut funktioniert. Dazu kann man sich bekennen.

Um das Erreichte und Erfolgreiche zu bewahren, ist es erforderlich, zu den Wahlen zu gehen und mit seinem Kreuzerl eindeutig aufzuzeigen, dass man gegen destruktive Meinungsmache ist und das zerstörerische Schlechtmachen ablehnt. (Dabei kann man sich auch bequem auf die Mercer-Studie berufen, die bereits zum achten Mal der Stadt Wien ausgezeichnete Bewertung ausgestellt hat.) Mitwirken heißt, nicht nur zur Wahl zu gehen, sondern sich auch aktiv in der (Personalvertretungs- und Gewerkschafts-)Arbeit für andere Menschen einzusetzen.

Alles zu vereinfachen, ist gefährlich

HG1-Vorsitzender Norbert Pelzer antwortet auf einen Leserbrief zu seinem Beitrag in teamwork 3/2016 auf den Seiten 6 bis 8.

Die Wiener Struktur- und Ausgabenreform „WiStA“ könnte ein Sparpaket werden, das vor allem die MitarbeiterInnen der Stadt und damit, wie ich vermute, Frau K. A. treffen würde.

Die Förderung aller (auch der Millionäre) ist so lange in Ordnung, wie der finanzielle Mehrbedarf nicht zulasten der Einkommen der Gemeindebediensteten der Stadt geht.

Zu Ihren Fragen:

Mein Sohn besucht eine öffentliche Schule, mit der ich überaus zufrieden bin.

Mein Einkommen ist das eines Bediensteten in der Dienstklasse 7, und ich betrachte mich nicht als förderungswürdig im Sinne eines beitragsfreien Kindergartens.

Mein Vater war Flüchtling, hat sich gut integriert und eine respektable Existenz aufgebaut. Das war in der Mitte des 20. Jahrhunderts, als Österreich nach dem 2. Weltkrieg in Schutt und Asche lag und es wenig zu teilen gab. Ich kann Ihre generalisierenden Ansichten zu Flüchtlingen daher leider nicht teilen.

Äpfel nicht mit Birnen vergleichen

Einer Unterscheidung zwischen Flüchtlingen und Einwanderern könnte ich mehr abgewinnen. Flüchtlinge haben Angst um ihr Leben oder wurden schlicht enteignet und vertrieben wie mein Vater. Auswanderer wollen eine neue Existenz aufbauen. Hier wären wir bei meiner mütterlichen Verwandtschaft, die sich zum Teil in Chicago und Toronto befand – Sie vermuten richtig, Burgenländer. Diese mussten erst um Aufnahme in den USA und Kanada ersuchen. Nicht alle wurden genommen.

Alle in einen Topf zu werfen, überlasse ich anderen politischen Kräften. Diese Kräfte haben es schon immer verstanden, alles zu vereinfachen und leicht (an-)greifbare Schuldige zu finden. Die Enteignung und Vertreibung meines Vaters war neben Millionen Toter eines der traurigen Ergebnisse.

 norbert.pelzer@wien.gv.at

Von: [\[Redacted\]](#)
 Gesendet: Freitag, 30. September 2016 17:36
 An: 'Göthert, Norbert (Wien)' <[Goe2@wien.gv.at](#)>
 Betreff: Artikel in teamwork Reformen in Wien

Sehr geehrter Herr Pelzer!

Mit großer Bestürzung habe ich Ihren Artikel in der neuesten Ausgabe von teamwork gelesen. Sie befürworten allen Ernstes die Abschaffung des gratis Kindergartens?

Ich weiß nicht, wieviel Sie verlieren, noch für wie viele Kinder Sie sorgen müssen.

Ich habe zwei Kinder, davon eines im Kindergarten, mein Sohn geht in eine Privatschule. (Falls ihnen noch nicht aufgefallen sein sollte, müssen wir leider mittlerweile unsere Kinder in eine Privatschule schicken, in der Hoffnung, dass sie etwas lernen und ein normaler Unterricht möglich ist, und nicht unmöglich ist, da die Mehrheit der Kinder der deutschen Sprache nicht mächtig ist)

Und ich möchte Ihnen noch etwas mitteilen, wir gehören zum sogenannten „Mittelstand“ und wir sind die Cashcow der Nation. Die Bedürftigen, die Sie ansprechen, sind Assylanten, Migranten die nicht willens sind sich zu integrieren (denn wäre es so, hätten wir das Problem an den Schulen nicht, und wir bräuchten auch kein verpflichtendes Kindergartenjahr, damit die Kinder Deutsch lernen).

Ich arbeite für den Samariterbund (in der Vtrrechnung) da die Wiener Gebietskrankenkasse sparen will, dürfen wir Patienten zu Kontrollterminen nur mit cheforätlicher Bewilligung transportieren. Der Weg, um zu einer solchen Bewilligung ist insbesondere für ältere Menschen (die ihre Beiträge brav eingezahlt haben) oft sehr schwierig. Sie leiden an Demenz und haben niemanden der sich um sie kümmert.

Auf der anderen Seite, werden Menschen, die aus dem Ausland kommen, sofort versichert, genießen vollen Versicherungsschutz, und werden selbstverständlich ins Krankenhaus und wieder retour geführt, und kein Chefarzt verweigert die Kostenübernahme mit der Begründung „Diagnose nicht ausreichend“.

Solidarität, heißt nicht, dass man Menschen, die absolut nichts für die Gemeinschaft beitragen, durchfüttern muß. Sie sollten sich ein Bittches genauer informieren, bevor Sie so einen Artikel schreiben.

Ich persönlich habe es satt, mir ständig sagen zu lassen, ich muß für die Gemeinschaft zahlen. Wie soll ich meinen Kindern in die Augen sehen, und sagen "Lernst brav, damit ihr ever Leben finanzieren könnt!"

AMS und Mindestsicherung sind viel attraktiver!
 Und glauben Sie nicht, ich wäre politisch rechts orientiert! Ich habe immer (immer SPÖ gewählt)

Ich hoffe, Sie haben den Mut, auf diese E-Mail zu antworten

Mit freundlichen Grüßen,
 Mag. Kathrin Anstett

Mein Artikel macht viele Vorschläge, wie die Stadt ihr Budget konsolidieren könnte. Vor Einführung des beitragsfreien Kindergartens gab es eine soziale Staffelung. Einkommen und Anzahl der Kinder könnte ein Kriterium der sozialen Staffelung für Kindergartenbeiträge sein. Andere Kriterien sind vorstellbar.

Abtreibungsverbot in Polen durch massive Proteste verhindert

Im Herbst 2016 wurde ein Entwurf zur Verschärfung der Fristenlösung, die ohnehin zu den restriktivsten in ganz Europa zählte, in das polnische Parlament eingebracht.

Das neue Gesetz sollte Frauen dazu zwingen, jede Risikoschwangerschaft auszutragen und auch schwerstbehinderte Kinder zu gebären. Außerdem sollten vergewaltigte Frauen und Mädchen gezwungen werden, bei einer daraus resultierenden Schwangerschaft dieses „Geschenk Gottes“ auszutragen. Im Falle eines Schwangerschaftsabbruchs wären die vorgesehenen Haftstrafen für Frauen, aber auch ÄrztInnen, deutlich höher gewesen als jene für den Vergewaltiger.

Nach massiven Protesten hat das Parlament den radikalen Entwurf letztendlich abgelehnt – ein großer Erfolg für Polens Frauenbewegung. Landesweit waren mehr als hunderttausend Polinnen, aber auch Polen auf der Straße, um für die Würde und Freiheit der Frauen einzutreten. Auch in Berlin, Brüssel, London und Paris gab es Proteste gegen das vorgesehene Abtreibungsverbot. Nachdem sich auch namhafte EU-PolitikerInnen gegen die Kriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen eingesetzt hatten, gab Polens Regierung nach und machte einen Rückzieher.

Polen ist seit 2004 Mitglied der europäischen Union – und von Wien nur rund 300 Kilometer entfernt. Das macht die Erkenntnis umso erschreckender, wie rasch rechte Regierungen auch im 21. Jahrhundert Errungenschaften der Frauenbewegung wieder zunichte machen können, für die Frauen jahrzehntelang gekämpft haben. Die zur Demonstration mitgenommenen Kleiderbügel sind ein denkwürdiges Symbol und zeigen auf, wie die Angelegenheit früher einmal geregelt wurde. Frauen mit den gesundheitlichen Folgen allein zu lassen und wieder in die Illegalität zu drängen heißt Frauenrechte – und damit Menschenrechte – zu beschneiden.



BILD: © JANEK SKARZYŃSKI / AFP / PICTUREDESIGN.COM

Das Frauenbild so mancher rechter PolitikerInnen in Österreich – Frauen sollen sich auf die Brutpflege beschränken und sich von Wirtschaft und Politik fernhalten – gibt schon zu denken: Wie weit weg von uns ist Polen wirklich?

✉ regina.mueller@wien.gv.at
✉ elisabeth.jarolim@wien.gv.at

Eltern sein: Wenn einfach alles zu viel wird

Eltern müssen funktionieren. Zu Hause bei den Kleinen, bei der Haushaltsführung, am Arbeitsplatz - und beim Zusammenleben. Das Geheimrezept heißt privates Zeitfenster. Damit es allen gut geht.



© SYMBOLBILD: SHUTTERSTOCK/MONKEY BUSINESS IMAGES

Mama ist jeden Abend früher müde und geschafft. Zwei Kinder, Haushalt und Job unter einen Hut zu bringen, ist sehr schwierig und erfordert viel Energie. Alle wollen etwas von Mama. Sie muss funktionieren. Alle verlassen sich darauf, dass alles gut organisiert und gemanagt ist.

Das Frühstück ist gemacht, die Kinder sind jeden Tag pünktlich fertig, um von Papa in den Kindergarten und in die Schule gebracht zu werden, die Jausenbrote sind geschmiert, der Tag organisiert und dann schnell ab ins Büro. Dort verwandelt sich Mama in eine umsichtige Mitarbeiterin eines kleinen Betriebs und stellt sich den Anforderungen ihres beruflichen Alltags. Zu Mittag schnell wieder die Kinder abholen, einkaufen, ein flotter Imbiss im Vorübergehen und ab nach Hause.

Hundemüde, einschlafen beim Fernsehen

Dort muss Mama wieder nach den Hausaufgaben des Älteren schauen, und natürlich fordert der Jüngere seine Spieleinheiten mit seiner Mutter ein. Nebenbei wird der Einkauf erledigt, das Abendessen zubereitet und der Tisch gedeckt.

Wenn Papa nach seinem anstrengenden Tag und wieder ein paar Überstunden nach Hause kommt, ist auch er geschafft. Aber wenn die Kinder ihn begrüßen, muss er einfach noch mit seinen Kleinen spielen und herumtollen – er hat ja ohnehin so wenig Zeit für sie.

Hundemüde fallen Mama und Papa, nachdem sie die Kinder gewaschen, umgezogen und zu Bett gebracht haben, auf die Couch. Während der ersten halben Stunde der Hauptabendserie im Fernsehen fallen ihnen die Augen zu ...

Jeder Mensch hat seine Grenzen

Eltern haben einen verdammt harten Job. Viele Anforderungen von verschiedenen Seiten prasseln auf sie herein. Bei aller Liebe zu Partner und Kindern kann es dabei immer wieder zu Überforderungssituationen kommen, die bis hin zu Überlastungssymptomen ähnlich eines Burn-outs führen können.

Rechtzeitiges Gegensteuern wäre notwendig. Sich einzugestehen, dass man seine Grenzen hat. Diese wahrzunehmen, zu respektieren und nicht „einfach irgendwie weiterwurschteln“, weil es vermeintlich nicht anders geht.

Einmal wöchentlich ein Zeitfenster schaffen

Wenn es Ihnen gut geht, geht es auch Ihrer Familie gut. Damit es Ihnen auch in herausfordernden Zeiten gut gehen kann, braucht es Unterstützung innerhalb und außerhalb der Familie. Unterstützung, damit Sie sich Freiräume schaffen können, um Ihre Akkus wieder aufladen zu können. Wenn Sie es schaffen, einmal pro Woche ein Zeitfenster von zwei bis drei Stunden ohne Partner und Kinder mit Dingen zu füllen, die Ihnen Spaß machen und Kraft geben, sind Sie auf dem richtigen Weg.

Denken Sie einfach an die Zeit vor den Kindern zurück! Was hat Ihnen da in der Freizeit Spaß gemacht? Sich mit Freunden zu treffen, ins Fitnessstudio zu gehen, ins Kino, ins Theater? Alles Dinge, die Ihnen wieder die Kraft geben, um den Alltag bewältigen zu können.

Wenn Ihr Partner merkt, dass Ihnen diese Auszeiten gut tun und sie dadurch wieder etwas ruhiger und ausgeglichener sind, wird er Sie sicherlich dabei unterstützen und diesen einen Abend in der Woche alleine die Kinder versorgen. Vertrauen Sie ihm – er kann das! Er macht es nur etwas anders, auf seine Art.

Hera: Nasen- & Nasennebenhöhlenchirurgie

Die HNO-Abteilung im Sanatorium Hera kann sich über steigende Beliebtheit freuen, messbar an den ambulanten Besuchen und der Zahl chirurgischer Eingriffe in den komplett neu gestalteten OP-Sälen des Sanatoriums.

Für HNO-Eingriffe stehen mit OA Dr. Alexander Hönigmann und OA Dr. Claus Schleinzer zwei erfahrene Operateure zur Verfügung. Ein Schwerpunkt ist die Rhinochirurgie primär zur Verbesserung der Nasenatmung, z. B. durch Nasenscheidewandkorrektur (Septumplastik). Sie wird meist mit einer Reduktion der Schwellkörper (Nasenschleimhäute) kombiniert, um die Effektivität des Eingriffes zu optimieren. Daneben werden routinemäßig Korrekturen der äußeren Nase durchgeführt (Septorhinoplastik), etwa bei Schiefnasen oder Höckerspannungsnasen. Dabei geht es - abgesehen vom kosmetischen Aspekt - um die Optimierung der Nasenatmung. Da diese Eingriffe der funktionellen Verbesserung dienen, erfolgt die Kostenübernahme durch die KFA. Dem dreitägigen Krankenhausaufenthalt geht dabei eine ausführliche Beratung mit Fotodokumentation durch den Operateur voran.

Da die behinderte Nasenatmung oftmals für das lästige Schnarchen mitverantwortlich ist, kann eine Verbesserung ohne eigentliche „Schnarchoperation“ erreicht werden.

OÄ Dr.ⁱⁿ Karin Kirschhofer



OÄ Dr.ⁱⁿ Karin Kirschhofer und DGKS Andrea Wolf (v.r.).

HNO-Ambulanz: Eingang Lustkandlgasse 24,
Tel.: (01) 313 50-45444, Montag bis Freitag 8.15 Uhr bis
14 Uhr. Telefonische Anmeldung: Montag bis Donnerstag
7 bis 15 Uhr, Freitag 7 bis 13.45 Uhr

Unterschiede zwischen Honig, weißem und braunem Zucker

Zucker als Lebensmittel ist in unserer täglichen Ernährung sehr präsent.



Die maximale tägliche Zuckerzufuhr sollte nicht mehr als 10 Prozent des Tagesenergiebedarfs betragen. Das sind im Durchschnitt etwa 50 g Zucker pro Tag. Da diese Empfehlung oft überschritten wird, zählt der Zucker unter anderem zu den Ursachen von Übergewicht und Adipositas.

Um diesen Zuckerkonsum zu reduzieren, wählen viele die angeblich gesünderen Alternativen wie z. B. Honig oder braunen Zucker.

Was besser ist? „Die Dosis macht das Gift.“

Brauner Zucker ist ein Zwischenprodukt in der Herstellung von weißem Zucker. Beide werden aus Zuckerrüben gewonnen. Am braunen Zucker klebt jedoch noch ein wenig mehr Sirup. Er enthält einen minimal höheren Gehalt an Mineralstoffen und schmeckt leicht karamellartig. Siebt man braunen Zucker weiter aus, so erhält man weißen Zucker.

Mit dem Honig verhält es sich ähnlich. Mit 320 kcal auf 100 g ist er zwar ein wenig energieärmer als Zucker (400 kcal/100 g), jedoch wahrlich kein Schlankmacher. Im Honig sind Vitamine und Mineralstoffe auch nur in geringen Mengen vorhanden. Durch die klebrige Konsistenz bleibt der Honig länger auf den Zähnen haften und bietet somit einen guten Nährboden für Karies.

Für viele von uns bedeuten Honig, Zucker und zuckerreiche Lebensmittel Genuss beim Essen. Letztendlich ist aber die Menge, die wir täglich aufnehmen, entscheidend. Um also nicht komplett auf den süßen Geschmack verzichten zu müssen, sollten wir uns an Paracelsus' Erkenntnis halten: Die Dosis macht das Gift.

Karin Varga & Annika Hackl
DiätologInnen am Sanatorium Hera

„HÖR HÖR! SCHAU SCHAU!“ Neue **Ausstellung des ZOOM-Kindermuseums**

Bis 26. Februar 2017 im Wiener Museums Quartier
 7., Museumsplatz 1

Beginnzeiten: Dienstag bis Freitag 14 und 15.30 Uhr, Samstag, Sonn- und Feiertag und während der Ferien: 10, 12, 14, 16 Uhr. Geschwistertermine (auch für Kinder unter 6 Jahren): Samstag 10 und 12 Uhr.

Kinder: Eintritt frei; Erwachsene: 5 Euro

An 15 interaktiven Stationen verschiedene visuelle und akustische Phänomene entdecken.

Für Kinder von 6 bis 12.: Wie funktionieren das Hören und Sehen eigentlich? Was ist eine Schallwelle und wie kann man sie sichtbar machen? Warum braucht man Licht, um Formen und Farben zu sehen? Welche Rolle spielt das Gehirn bei der Verarbeitung von Sinneseindrücken? Und wie kann man sich helfen, wenn einer dieser beiden Sinne beeinträchtigt ist?



BILD: © ZOOM KINDERMUSEUM/J.J. KUČEK

Im Klangraum

Das ZOOM-Kindermuseum bietet vier voneinander getrennte Bereiche für unterschiedliche Altersgruppen an: Ausstellung (6-12), Ozean (0-6), Atelier (3-12), Trickfilmstudio (8-14).

Zweiter „Gutes Leben für alle!“-Kongress, Wirtschaftsuniversität Wien, von attac Austria

9. bis 11. Februar 2017, 2., Welthandelsplatz 1 (an der Südportalstraße beim WU-Campus)

Eingeladen sind alle Menschen, die mitgestalten wollen: aus dem ÖGB, der younion, alle, die in der Stadt arbeiten, aus zivilgesellschaftlichen Organisationen, Food Coops, Reparatur-Cafés etc.

www.guteslebenfueralle.org

Haus der Musik: **Bruckner// Brahms-Kabinettausstellung** im glasüberdachten Innenhof

Bis 19. März 2017, täglich 10 bis 22 Uhr

Haus der Musik, 1., Seilerstätte 30, Tel.: (01) 513 48 50

Ganzjährig Öffnungszeiten täglich 10 bis 22 Uhr. Eintritt: 13 € verschiedene Ermäßigungen.



BILD: © HDW / I. PRADER, R. FROESE

Das Haus der Musik ist ein interaktives Klangmuseum in der Wiener Innenstadt. Die Ausstellungsbereiche im Haus der Musik bieten neue, innovative Zugänge zum Thema Musik. Ein einzigartiges, musikalisches Erlebnis - didaktisch modern aufbereitet.

Eigene Veranstaltungen für Kinder.

www.hausdermusik.com

„Tag der offenen Tür“ an der **bafep21** (Bundesanstalt für ElementarpädagogInnen):

28. Februar 2017, 14 bis 18 Uhr, 21., Patrizigasse 2

Alle Infos zum Ein- und Umstieg in den Beruf der ElementarpädagogInnen: www.bafep21.wien.at

„Der Rauchfangkehrer und das Dach der Welt“ im **Rauchfangkehrer-Museum**

Bis 28. Mai 2017

Rauchfangkehrer-Museum, 4., Klagbaumgasse 4

Sonntag 10 bis 12 Uhr, Eintritt frei.

Historie und die Kultur Tibets. Neben Fotografien und Texten sind unter anderem imposante Bronzefiguren, Holzdruckstöcke, Bücher, ein „Lebensrad“, bemalte/gravierte Steine sowie ein Hausaltar mit Kultgegenständen zu besichtigen.

Hom(m) alone, im neuen Theater **Bronski und Grünberg**

29. Dezember, 19.30 Uhr, 9., Porzellangasse 8

„Die ewigen Underdogs Bronski und Grünberg aus Lubitschs ‚Sein oder Nichtsein‘ sind die Namensgeber unseres Hauses.“ Mit dem neuen Haus wolle man der Stadt „einen Ort frisch interpretierter, künstlerischer Unabhängigkeit, eine Spielstätte frei von Trends und Traditionen“ bieten.

„Es ist wieder mal Weihnachten. Heilige Scheiße. Herzlich Willkommen zurück. Zwei alte Bekannte haben einen kleinen Betriebsausflug gemacht, um Rache zu nehmen. Für nahezu jede tödliche Verletzung, die der Markt zu bieten hatte. Doch was passiert, wenn der, dem die Rache gilt, plötzlich, über die Jahre, alles vergessen hat, um sich selbst zu vergessen? Den ganzen heiteren Zirkus. Den globalen Gabentisch grinsender Grausamkeiten. Peng Peng! Merry Mexican Stand-off!“

office@bronski-gruenberg.at, www.bronski-gruenberg.at

Die Zukunft der Stadt. **weiter_gedacht_**

Bis Juni 2018 - mit Sonderausstellungsbereich „urban innovations“
Technisches Museum Wien, 14., Mariahilfer Straße 212,
Tel.: (01) 899 98-0

Montag bis Freitag 9 bis 18 Uhr, Samstag, Sonn- und Feiertag 10 bis 18 Uhr (außer 1. Jänner, 1. Mai u. a.). Eintritt 12 €, Ermäßigungen



Das ständige Wechselspiel von Wachstum, gesellschaftlichen Visionen und realer Stadtentwicklung braucht immer wieder Innovationen, um die Zukunft der Stadt zu formen und den unterschiedlichsten Bedürfnissen gerecht zu werden. Die Ausstellung lädt dazu ein, in dieses Thema aus österreichischer und internationaler Perspektive einzutauchen.

<https://www.technischesmuseum.at/home/ausstellungen/austellung-detail/articleid/3746>



BILD: © ANDRASCHEK

Mein Lieblingslokal

Restaurant **Brust & Keule** in Döbling

Österreichische Speisen und böhmische Spezialitäten

19., Würthgasse 12, Tel.: (01) 367 12 36

Montag bis Sonntag 10 bis 24 Uhr

www.brustkeule.at

In der Würthgasse 12 hat am 1. 7. 2016 ein Lokal eröffnet, das ich in jeder Hinsicht empfehlen kann. An 365 Tagen im Jahr geöffnet, werden immer Montag bis Freitag zusätzlich zur umfangreichen Karte zwei Mittagsmenüs angeboten. An diesem wunderschönen Herbsttag (Bild) konnten wir noch den Innenhof genießen und die böhmischen Spezialitäten verkosten. Černohorský rezeň, übersetzt ein Schweinskarree in Erdäpfel-Käsepanier mit Braterdäpfeln und Sauce Tartare, war wirklich großartig und auch die Portion mehr als ausreichend. Der böhmische Schweinsbraten war saftig und zart, die Nachspeisen in jeder Hinsicht ein Genuss. Die aufmerksame und sehr freundliche Bedienung möchte ich auch nicht unerwähnt lassen.

Die gut gestaltete und sehr informative Homepage beantwortet alle Fragen und gibt einen sehr guten Überblick über das gesamte Angebot.

gerhard.heczko@wien.gv.at

Bewertung:

Küche:	32	(von 35)
Service:	15	(von 15)
Preis/Wert:	19	(von 20)
Keller/Getränke:	8	(von 10)
Atmosphäre:	14	(von 15)
Familie:	4	(von 5)
Insgesamt:	92	(von 100)

Deshalb eine **younion-** **Frauenabteilung**

Warum gibt es eine Frauen-, aber keine Männerabteilung in der Gewerkschaft? Weil nach wie vor Frauen die Hauptlasten tragen und nach vielen „großen Würfeln“ der Teufel noch im Detail liegt.



BILD © HG1

Regina Müller
Frauenvorsitzende
HG1

Die Frage nach fairen Möglichkeiten, Beruf und Familie zu vereinbaren, ist heute längst kein reines Frauenthema mehr. Aber auch wenn immer mehr Männer Verantwortung übernehmen, sind es nach wie vor Frauen, die hier die Hauptlasten tragen.

Die Arbeit der Frauenabteilung ist eine Querschnittmaterie und spiegelt sich in allen Lebenslagen wider. Die sogenannten „großen Würfel“ – Wahlrecht, eigenes Konto, Wegfall des Haushaltsvorstandes und vieles mehr – wurden erreicht. Gerade in Zeiten, in denen man glaubt, alles erreicht zu haben, ist es umso wichtiger, dass es eine Gruppe gibt, die immer wieder den Finger auf die „Wunden“ drückt. Der Teufel liegt oft im Detail. In der heutigen Zeit geht es um Detailfragen sowie die Notwendigkeit, Gesetze zu novellieren und der heutigen Zeit anzupassen.

Für Mamas und Papas

Wer annimmt, dass eine Frauenabteilung nur für die Belange der Frauen da ist, der irrt. Betrachten wir als Beispiel den Wegfall des ursprünglich hinderlichen gemeinsamen Haushalts zur Pflege des eigenen Kindes. Es war die Frauenabteilung der heutigen younion, die dies zum Thema gemacht und nach langen Verhandlungen nunmehr die Anpassung an

die Gegenwart erreicht hat. Jetzt können Mütter und Väter, die mit dem Kind nicht (mehr) im gemeinsamen Haushalt leben, Pflegefreistellung beantragen.

Väter fragen nach Elternkarenz

Gesammeltes Wissen gebündelt in einem Bereich zu haben gibt unseren Mitgliedern die Sicherheit, gut beraten zu werden. Fragen zur Elternkarenz und zum Kinderbetreuungsgeld betrifft nicht nur die Mütter, sondern die ganze Familie. Innerhalb der letzten Jahre hat sich auch in diesem Bereich viel verändert. Viele Väter nehmen Beratungsgespräche der Frauenabteilung bezüglich Elternkarenz und Kinderbetreuungsgeld in Anspruch und entscheiden sich sehr bewusst dafür, Zeit mit dem Kind zu verbringen. Die Nachfrage der Väter, Teilzeit zur Pflege eines Kindes für eine bestimmte Zeit zu konsumieren, nimmt ebenfalls zu. Oftmals scheitert es am Familieneinkommen, und es sind dann die Frauen, die die finanziellen Verluste aufgrund der Doppel- und Mehrfachbelastung von Beruf, Familie und Haushalt akzeptieren.

Die Frauenabteilung will lästig sein

Aus diesem Grund ist es auch wesentlich, den „Equal Pay Day“ jährlich ins Gedächtnis zu rufen. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit, das Schließen der Einkommensschere sind immer noch nicht Realität. Verdienen Frauen und Männer ungefähr gleich viel, so ist es für diese Familien kein Thema, die Betreuung der Kinder zu teilen. Anders verhält es sich, wenn der Einkommensunterschied groß ist.

Der Job der Frauenabteilung ist es, lästig zu sein. Unsere Aufgabe ist es, Unbequemes zu äußern und stetig darauf hinzuweisen. So lange es beim Einkommen und gesellschaftspolitisch keine echte Gleichstellung gibt, braucht es eine Frauenabteilung.

„Eine Studie des Weltwirtschaftsforums besagt, wenn es in diesem Tempo weitergeht, brauchen wir noch 170 Jahre bis zur tatsächlichen Gleichstellung von Mann und Frau.“

Baba, Club F.R.E.E., wir vergessen dich nicht

Die young younion verabschiedete sich nach 59 Jahren von ihrem Jugendclub „Club F.R.E.E.“ so, wie wir ihn kennen und lieben gelernt haben. Unser neuer, moderner Club „Ypsilon“ befindet sich im Gasometer Turm C.

Bevor wir unseren Jugendclub an Wiener Wohnen zurückgeben konnten, lag noch viel Arbeit vor uns. So wurde zum Beispiel Anfang August ein Flohmarkt unter dem Motto „Alles muss raus“ in unserem alten Jugendclub veranstaltet. Unter freier Spende standen T-Shirts, Jacken, Westen, Taschen und vieles mehr, noch aus der Zeit vor unserer Namensänderung von GdG-KMSfB zu younion, zur Auswahl. Viele Jugendfunktionärinnen unterstützten den Flohmarkt vor Ort. So konnte jeder, der ein Stück Erinnerung ergattern wollte, rasch bedient werden. Eingeladen waren alle Funktionärinnen und Funktionäre der younion, Jung und Alt, daran teilzunehmen.

bright eyes, Caritas, Gruft hatten was davon

Nach fast zwei Wochen waren noch nicht alle Utensilien verkauft, und so entschlossen wir uns, den Rest an Hilfsorganisationen zu spenden. Aufgrund des Logodrucks auf unserer Kleidung lehnten leider sehr viele Hilfsorganisationen unsere Spenden ab. Wir mussten feststellen, dass spenden und etwas Gutes für Asylwerbende und andere hilfsbedürftige Menschen zu tun schwieriger als gedacht war.



BILD: © PRIVAT

Aber so schnell geben wir uns nicht geschlagen! Wir fanden auf Facebook einen Hilferuf der Caritas Traiskirchen. Dort wurde dringend Kleidung benötigt. Wir reagierten prompt. So ging ein Großteil dort hin. All die Dinge, auch solche, die dort nicht benötigt wurden, kamen anderen Hilfsorganisationen wie zum Beispiel der „Gruft“ und den Flüchtlingen beim Geriatriezentrum „Am Wienerwald“ zugute. Von den 900 Euro, die der Flohmarkt abwarf, spendeten wir jeweils 300 Euro an „bright eyes“, „Mauthausen Komitee“ und den Verein „Weltumspannend arbeiten“.

Wir verabschiedeten uns mit einem weinenden und einem lachenden Auge, da unser Jugendclub „ja nur“ in den Gasometer-Turm C übersiedelt. Nicht nur die Örtlichkeit ändert sich dabei, sondern auch sein Name. Zukünftig wird er „Ypsilon“ genannt und nicht mehr „Club F.R.E.E.“.

Final Countdown für den Club F.R.E.E mit dem Jugendteam Nicole Tuschak, Janine Skof und Nicolai Wohlmuth.

 janine.skof@wien.gv.at

www.younion.at/cms/CO1/CO1_5.1.6.1/das-sind-wir/unsere-bundesorganisation/abteilungen/jugend
www.young-younion.at/



BILD: © PRIVAT

Gerade jetzt: Für Menschen da ist Barbara

Weil sie weiß, dass es das Leben nicht immer gut mit einem meint und man gelegentlich fremde Hilfe braucht, hat sich Behindertenvertreterin Ing.ⁱⁿ Barbara Doppler eines afghanischen Flüchtlings angenommen, der mutterseelenallein in Wien gelandet ist.



BILD © RICHARD ANDRASCHKO

„**S**ehr verschüchtert, mit kaum einem Wort deutscher Sprache, habe ich ihn zum ersten Mal gesehen“, erzählt Behindertenvertreterin Barbara Doppler.

„Flüchtlinge brauchen Hilfe, wenn sie am Ende ihrer Reise ein neues Leben beginnen sollen. Daher habe ich mich bei der

Wiener Asylkoordination gemeldet. ‚connecting people‘ vermittelt Patenschaften für unbegleitete minderjährige und junge erwachsene Flüchtlinge. Arbeitskollegen hatten mir davon erzählt.

Die Familie weit weg in Afghanistan, neun Monate Aufenthalt im Traiskirchner Lager noch in den Knochen und keine Ahnung, wie das Leben in der Fremde funktioniert, wohin man gerade seinen Kopf gerettet hat. Wo man staunend reines Trinkwasser, elektrischen Strom und Gesundheitsversorgung rund um die Uhr vorfindet. Wenn man nur verstünde, was all die Menschen sprechen, was sie wollen.“

Fast barrierefrei auf den Dachstein

„Eine Patin brauchte Erfan also. Ich absolvierte daher über sechs Abende einen Vorbereitungskurs, musste viele Fragen beantworten, um herauszufinden, ob meine notwendig langfristige Begleitung für Erfan möglich sein würde.“ Sie war und ist und wird es sein. Inzwischen hat Erfan in Deutsch den Level A2 heimgebracht. Ich helfe ihm, sich in dieser neuen Welt zurechtzufinden, wie man hier wohnt und dass überhaupt nix Schlimmes passiert, wenn man gemeinsam unterwegs ist und auf einem Bankerl sitzt und plaudert. Erfan hingegen hilft mir, auf den Dachstein oder bei anderen Aktivitäten zurechtzukommen, wo es mit dem Rolli sonst nicht so einfach wäre. Dachstein, das erste Ziel, wenn man ein für Rollifahrer barrierefreies Ausflugsziel sucht!“

Vom verunsicherten Neuankömmling aus dem Massenquartier ins heutige Leben hat ihm Behindertenvertreterin Doppler geholfen, und er macht sich für sie nützlich, wo er kann.

Schön ist das! Zusammenhalten statt zu hetzen. Gegenseitig helfen statt Hasstiraden zu posten. Das macht Barbara Doppler mit viel Freude.

www.connectingpeople.at

teamwork@andraschko.at

Wie man Diskriminierung schlichten kann

Wenn man sich als MitarbeiterIn der Stadt Wien diskriminiert fühlt, wendet man sich an die beim Unabhängigen Bedienstetenschutzbeauftragten eingerichtete Stelle zur Bekämpfung von Diskriminierungen. Sie führt gem. § 7a des Wiener Antidiskriminierungsgesetzes Schlichtungsverfahren durch. Im Unterschied zum Sozialministeriumservice, welches nach bundesgesetzlichen Bestimmungen vorgeht, finden Schlichtungen beim Unabhängigen Bedienstetenschutz nicht nur aus Gründen der Behinderung, sondern auch aus Gründen der ethnischen Zugehörigkeit, der Religion, der Weltanschauung, des Alters, der sexuellen Orientierung, der Geschlechtsidentität und des Geschlechts sowie auf Grund von Schwangerschaft und Elternschaft statt.

In einem Schlichtungsgespräch in dem SchlichtungsreferentInnen versuchen, zwischen den Konfliktparteien zu vermitteln, wird nach einer einvernehmlichen Lösung gesucht. Das Schlichtungsverfahren läuft formlos ab. Falls der Wunsch besteht, kann auch eine Person des Vertrauens teilnehmen.

Sollte die Schlichtung ergebnislos verlaufen, kann ein Anspruch beim Arbeits- und Sozialgericht geltend gemacht werden. Zu diesem Zweck wird von der Antidiskriminierungsstelle eine Bestätigung über das Ergebnis der Schlichtung – „keine Einigung“ – ausgestellt. Das Schlichtungsverfahren selbst ist kostenlos.

gabriele.karoh@wien.gv.at

https://www.justiz.gv.at/web2013/asg_wien/arbeits-_und_sozialgericht_wien-2c9484853f386e94013f57e444bf0bf4.de.html

www.intern.magwien.gv.at/bedienstetenschutz/index.html
www.wien.gv.at/verwaltung/antidiskriminierung/

„Behinderte oder Menschen mit Behinderung – wie nennt ihr euch denn selber?“

„Rainer.“

„Und ich bin die Sabine.“

Gefunden auf Facebook

Bundesbildungstagung: Thema **Digitalisierung**

Die diesjährige Bundesbildungstagung der younion wurde im Südburgenland abgehalten. Wichtige Tagungspunkte waren wie immer die Berichte der Landes- und Hauptgruppen bzw. der Fraktionen.

Jedes Bundesland hat unterschiedliche Schwerpunktsetzungen. In diesem Gremium können daher auch Überlegungen angestellt werden, wie weit diese in anderen Bundesländern und Hauptgruppen bzw. für die Bundesbildung umgesetzt werden können. Auch das zentrale Bildungsreferat gab seinen Tätigkeitsbericht u. a. zu den Themen ReferentInnenakademie, zentrales Kursprogramm, zum Verein „Weltumspannendes Arbeiten“ und zum Projekt „Klinik der Solidarität“ – Unterstützung der medizinischen Versorgung in Griechenland.

Thomas Bauer referierte über Mitgliederwerbung von KollegInnen. Diskutiert wurde dabei eine mögliche Unterstützung durch das Bildungsreferat.

Im Mittelpunkt standen die zukünftige Bildungsarbeit im Zeichen der Digitalisierung und neue zielgruppenorientierte Bildungsangebote. Hier wurden in Arbeitsgruppen die Themen ausgiebig diskutiert und die Grundlage für weitere und tiefergehende Diskussionen geschaffen, damit auch die Bildungsarbeit in Zukunft, mit aktuellen Themen nah an den Mitgliedern ist.

Erinnerung an Opfer des Südostwalls

Zum Besuch der Gedenkstätte Kreuzstadl in Rechnitz und des alten jüdischen Friedhofes lud die Landesgruppe Burgenland ein. Mitglieder der Gedenkinitiative RE.FU.G.I.U.S brachten uns die Geschichte des Mahnmales Kreuzstadl und der Opfer des Baus des sogenannten Südostwalls ab 1944 nahe.

In der Nacht vom 24. auf den 25. März 1945 wurden hier 180 kranke und körperlich geschwächte ungarisch-jüdische Zwangsarbeiter ermordet und verscharrt. Die Töter hatten zuvor am NSDAP-Kameradschaftsfest im Schloss Battyány teilgenommen. Am Abend des darauf folgenden Tages wurden beim Schlachthaus weitere 18 ungarisch-jüdische Zwangs-


BILD: © WIKIMEDIA COMMONS / LUCKY18

arbeiter ermordet, die Totengräberdienste hatten leisten müssen.

Es war beklemmend, an die Gräueltaten der Naziherrschaft erinnert zu werden, auch wenn diese Ereignisse bereits mehr als 70 Jahre zurückliegen. Wir müssen hoffen und daran arbeiten, dass diese Zeiten nie wieder aufleben und dass jene, die derzeit aus populistischen Gründen gegen „andere“ hetzen, nicht die Oberhand gewinnen.

Mit dem Mahnmal für alle Opfer des Südostwallbaus wird beim Kreuzstadl in Rechnitz der Leiden aller Zwangsarbeiter und einheimischen Zwangsverpflichteten gedacht.

✉ guenter.unger@wien.gv.at
 ✉ regina.mueller@wien.gv.at

Linktipp:

Rechnitzer Flüchtlings- und Gedenkinitiative
 und Stiftung: www.refugius.at

Sportlicher Erfolg für die Hauptgruppe 1

Die 6. Kleinfeldfußballbundesmeisterschaft der younion_ Die Daseinsgewerkschaft fand vom 31. 8. bis 3.9.2016 in St. Pölten statt. 180 Spieler verteilten sich auf insgesamt 14 Mannschaften. Am ersten Tag spielten jeweils sieben Mannschaften in zwei Gruppen gegeneinander. Ein Spiel dauerte 20 Minuten. Dabei zeigte die Mannschaft der Hauptgruppe 1 ganz klar auf, dass sie ein heißer Kandidat auf den Turniersieg war, und gewann in ihrer Gruppe überzeugend. In dieser Tonart ging es weiter. Am zweiten Tag wurde das Kreuzspiel gegen den zweiten der anderen Gruppe (HG 4) um den Einzug ins Finale überzeugend mit 5:0 gewonnen. Nun folgte noch das Finale gegen die Mannschaft der Landesgruppe NÖ, welches an Spannung kaum zu überbieten war. Trotz ständigen Ballbesitzes sowie klarer Torchancen ging die Landesgruppe NÖ mit einem Konter 1:0 in Führung.



BILD © HGT

Unser Torschützenkönig mit 19 Treffern: Edin Salkic, MA 67.

Das Spiel lief weiterhin wie auf einer schiefen Ebene, doch nicht einmal ein Penalty brachte den ersehnten Ausgleich. Hochverdient gelang dieser erst zwei Minuten vor Schluss. In der letzten Minute ging ein wunderschöner Freistoß der HG 1 leider nur an die Stange. Jetzt war die Spannung am Höhepunkt, da jede Mannschaft der beiden Finalisten ihre vier Penalty-Schützen nominieren musste. Die HG 1 trat als Erste an, und der Tormann der Niederösterreicher hielt. Ihr erster Schütze verwertete jedoch, und in diesem Augenblick rückte der Titel für uns in weite Ferne. Doch da die nächsten beiden Schützen der Niederösterreicher an unserem hervorragenden Tormann scheiterten und unsere weiteren drei Schützen „netzten“, gewannen wir das Penalty-Schießen mit 3:1 und wurden verdient Bundesmeister im Kleinfeldfußball. Als Coach dieser erfolgreichen Mannschaft bedanke ich mich bei allen Spielern für einen unvergesslichen Triumph.

 michael.witzmann@wien.gv.at



Kultur- und Sportvereinigung
der Wiener Gemeindebediensteten

2., Rustenschacherallee 3
E-Mail: office@ksv-wien.at
www.ksv-wien.at



BILD © HGT

Stehend v. l. n. r.: Sascha Pichler (MA 67), Michael Sandic (MA 67), Sertan Günes (MA 67), Marco Miesenböck (MA 67), Günther Arnberger (MA 67), Ünlü Oguzhann (MA 67) und Edin Salkic (MA 67).

Knieend v. l. n. r.: Christian Alexander Wiedemann (MA 25), Marco Salvatore (MA 67), Stefan Kaspar (MA 67), Michael Witzmann (HG 1), Ingomar Szabo (MA 67) und Djuro Mihajilca (MA 67).

6. Schitag am Samstag, 25. Februar 2017

Die HG 1 veranstaltet wieder einen Schitag mit freiem Schifahren und einer gemeinsamen Kaffeejause, erstmals im Schigebiet Mönichkirchen-Mariensee.



BILD © SCHISCHAUKEL MÖNICHKIRCHEN AM WEICHEL

Das wird ein wunderschöner Schitag!

MAGISTR ART

Das Podium für Kunst & Können im Wiener Magistrat



alles oder nichts, Acryl auf Leinen, 120 x 100 cm (2015)



wallele (der wasserfall), Acryl auf Leinen, gerahmt, 51 x 42 cm (2016)

In der psychologisch-therapeutischen Arbeit von Mag. Claudia Rupp bei der MA 11 steht die Kommunikation und Interaktion mit Menschen im Vordergrund: Immaterielles, Unstoffliches, Unangreifbares. In der künstlerischen Betätigung wird sie durch Reisen nach Süd- und Mittelamerika inspiriert. Sie malt Bilder meist in Acryl, arbeitet aber auch mit Papier, Blech, Holz, Eisen etc. und kreiert Collagen oder Objekte. Dabei setzt sie sich sehr intensiv mit Materiellem, Stofflichem, Sichtbarem und Angreifbarem auseinander. Das fertige Werk bietet die Möglichkeit, in einer ganz anderen, neuen Form mit der Umwelt zu kommunizieren, auf einer ganz anderen Ebene mit Menschen in Kontakt zu treten. In ihrem Atelier in der Schopenhauerstraße präsentiert sie bereits mehr als 200 Arbeiten.

Kontakt:

✉ claudia.rupp@wien.gv.at

Atelier: 1180 Wien, Schopenhauerstraße 39/1/8

Tel.: (0699) 114 30 991

www.art-spot-vienna.at

Wir suchen Gedichte, Kurzgeschichten, Lyrik, Satiren, Fotos, Aquarelle, Zeichnungen, Skulpturen, Keramik, Handarbeit, Kompositionen, Schauspiel, Tanz, Artistik - also alles, was Kunst & Können zu bieten haben.

Wenn Sie eine kreative Mitarbeiterin oder ein kreativer Mitarbeiter sind, schreiben Sie uns - vielleicht sind Ihre Werke demnächst auf dieser Seite zu sehen. Mit Ihrer Einsendung sind Sie mit honorarfreier Veröffentlichung in der Zeitschrift „teamwork“ sowie auf www.fsg-hg1.at, auf www.youunion.at und auf Facebook unter <https://www.facebook.com/bildungsreferat> einverstanden

Die Beschreibung Ihrer Arbeit und die Kontaktdaten sollten als Word-Dokument übermittelt werden. Mitgesendete Fotos der Arbeiten in den Formaten *.jpg oder *.tif sollten bei mind. 10 cm Breite eine Auflösung von 300 dpi haben.

✉ magistART@hg1.at

Zeit für Themen so **heiß** wie **Maroni**

Die traditionellen Arkadengespräche mit HG1-Vorsitzendem Norbert Pelzer, seinem Team und zahlreichen PersonalvertreterInnen fand heuer am 22. November mit Glühwein und Maroni im Arkadenhof des Rathauses statt. Diskutiert wurde u. a. über die aktuellen Schwerpunktthemen Verwaltungsreform „WiStA“. Die HG1-Frauenabteilung hat wieder einen Weihnachtsmarkt organisiert, dessen Erlös der Charity-Aktion „bright eyes“ zugutekommt, die unverschuldet in eine schwierige Situation geschlitterten Menschen hilft. Es gab auch tolle Preise zu gewinnen.



BILD: © W. SCHAUB-WALZER, PID

Auch heuer waren die Arkadengespräche der HG1 wieder gut besucht.

Betriebsärztin **zurück im** **Rathaus**

Die ärztliche Ordination im Rathaus übersiedelt nach abgeschlossener Fassadenrenovierung wieder zurück in die Stammräume in der Felderstraße, Stiege 4, Parterre, Top 28. Die Kontaktdaten der Rathaus-Ordination und der Zweigstellen TownTown und Stadlau finden Sie im Intranet unter <https://www.intern.magwien.gv.at/bar/index.html>

KindergartenpädagogInnen jetzt in der **„bafep21“**

Die im 21. Bezirk gelegene stadteigene Ausbildungseinrichtung für Kindergartenpädagogik (früher: bakip21) heißt nun „Bildungsanstalt für Elementarpädagogik“, eingängig kurz: bafep21.

In fünf Jahren werden in der Bafep21 KindergartenpädagogInnen für die elementare Bildung und Betreuung von 0- bis 6-jährigen Kindern ausgebildet.

Stadt Wien verwendet **„BriefButler“**

Mit der Initiative „Wien stellt ‚e‘ zu“ bietet die Stadt Wien den Versand zum Beispiel von Rechnungen, Lastschriften und Bescheiden bequem auf Tablet, Smartphone oder PC – jederzeit und überall. Damit wird die Voraussetzung für die Zustellung von behördlichen nachweislichen Sendungen, das sind RSa- und RSb-Briefe und elektronische Briefsendungen, geschaffen. Per E-Mail ist ja die Zustellung von behördlichen nachweislichen Sendungen nicht möglich. Zielgruppe Nummer 1 sind Wirtschaftstreibende, die um ein Vielfaches mehr Behördenkontakte haben als Privatpersonen. Erforderlich ist die Anmeldung bei einem elektronischen Zustelldienst. Über BriefButler können auch Privatpersonen Sendungen für die nachweisliche Zustellung an andere Personen übermitteln.

<http://www.bka.gv.at/site/4633/default.aspx>

<https://www.briefbutler.at/>

Danke für **Bekennnis zur** **Gewerkschaft**



BILD: © RUDI F. SALOMON/HG1

804 KollegInnen waren eingeladen, die für ihre langjährige Mitgliedschaft zur Gewerkschaft geehrt wurden.

Sie sind seit 25, 40, 50 oder noch mehr Jahren Gewerkschaftsmitglieder, und das in einer Zeit, in der die Gewerkschaften von verschiedenen Seiten aus oft durchsichtigen Gründen attackiert werden. Die KollegInnen wissen aber, warum es gut ist, sich zur Gewerkschaft als Interessenvertretung zu bekennen und deren Sicherheit im Rücken zu wissen. Die HG1 hat 804 KollegInnen zu einer Feier in den Festsaal des Rathauses eingeladen, um sich zu bedanken. Die jeweiligen Dienststellenausschussvorsitzenden sorgten als Tischdamen und -herren für gelungene Stunden, überreichten die Urkunden sowie kleine, aber feine Geschenke.



**SCHLADMING
DACHSTEIN**

Schiurlaub im Appartement „Sasano“

Vom Carport in der Sonnenhangstraße erreichen Sie den überdachten Aufgang der Sie zum Eingang des Nichtraucher-Appartements auf Selbstversorger-Basis bringt. Elegant und modern ausgestattete Maisonette bestehend aus Vorraum, Wohnküche mit ausziehbarer Doppelcouch (160 x 200), 1 Schlafzimmer mit Doppelbett (180 x 200), 1 Schlafzimmer mit französischem Bett (140 x 200), auf Wunsch Gitterbett und Kinderhochstuhl, Badezimmer mit Badewanne mit Duschwand und WC, separates WC im Obergeschoss, Balkon, Terrasse.

Ausstattung:

Geschirrspüler, Kühlschrank mit Gefrierfach, Kaffeemaschine, E-Herd mit Backrohr, Toaster, Wasserkocher, Kabelfernsehen, CD-Player, Internetanschluss, Föhn, Geschirrspülmittel und -tabs, Geschirrtücher, Handtücher, Bettwäsche, Toilettenpapier usw. sind vorhanden und ebenso wie 1 Carport-Stellplatz im Preis inkludiert. Weitere Parkplatzmöglichkeiten gibt es in der Sonnenhangstraße. Brötchenservice ist möglich. Die Mitnahme von Haustieren ist leider nicht erlaubt.

Schi-Infos:

- Appartement wenige Gehminuten vom Zentrum entfernt
- Gehweg auf den Sonnenhang, in ca. 10 Minuten zur Talstation „Planai“
- Citybus und Linienbus ins Zentrum wenige Schritte vom Haus entfernt
- mit Skipass Gratis-Skibus zwischen den Talstationen in 15 Min. Intervallen
- Ski-Depot mit Schuhheizung zu mieten in der Talstation „Planai“
- Tiefgarage bei der Talstation Planai - mit Skipass gratis
- Ski Amadé <http://www.skiamade.com/de/winter/>
- 150 Pisten aller Schwierigkeitsgrade
- Funpark für Snowboarder - Boarder-Cross
- 60 km Langlaufloipe
- Nachtschilaf
- Après-Ski

Freizeitangebote und Events:

Gletscherschilaf, Rodeln (7 km), Schneeschuhwanderungen, Eisstockschießen, Pferdeschlittenfahrten, Adventmarkt in Schladming, Adventzauber in der Talbachklamm, Advent am Berg-Hochwürzenhütte, Ski Opening 5.-7.1.2017 - „Planai Classic“ für Automobile und Skilegenden, 24.1.2017 - „the nightrace“, Hallenbad „Erlebnisbad Schladming“ mit Saurialandschaft, Solarium, Massage, uvm...

Preis: € 590,- pro Woche / im Appartement „Sasano“, 8970 Schladming, Waldstrasse 120, (70 m² bis 6 Personen) inkl. Betriebs- Heiz- und Stromkosten
Preis exkl. Endreinigung € 100 / pro Aufenthalt, exkl. Ortstaxe a € 1,50 pro Tag / Person ab 15 Jahre

Buchungszeitraum: von 1. Dezember 2016 bis 15. April 2017

Buchungsanfrage: Frau Beate Orou

youunion-HG1 | Zelinkag. 4/3, 1010 Wien • t. 01/4000/83 714 • f. 01/4000/99/83 714
beate.orou@wien.gv.at • www.hgl.at

Foto: HG1, Google maps



Gewerkschafterinnen zu fragen ist Geld wert

Claudia Poljanc hatte damals auf Geld verzichtet, um bei ihrer Tochter sein zu können. Weil ihre Gewerkschafterinnen wussten, wie es geht, hat sie jetzt, nach höherer Ausbildung, rückwirkend mehr Geld im Börsel.



BILD: © KARIN STEUBL-WEIXELBRAUN/HAUPTGRUPPE 1

v.l.n.r.: Marianne Klepac-Baur, Claudia Poljanc und Margit Pollak.

Ich bin ausgebildete Sonderhortpädagogin und hatte einen guten Job in einem städtischen Kindertagesheim. Als meine Tochter zur Welt kam, wollte ich mehr Zeit mit meinem eigenen Kind verbringen, wollte nicht mehr so spät nach Hause kommen.

In meiner Funktion war mir klar: Einfach würde das nicht werden. Meine damaligen Vorgesetzten ermöglichten mir den Umstieg zur Regelpädagogin, natürlich ohne Zulage. Jahrelang war das eine gute und stimmige Lösung für mich.

Aber Veränderungen prägen das Leben. Ich absolvierte die Ausbildung zur Kindergartenleiterin. Dabei erfuhren wir, dass Zulagen auch aufgrund gewisser Ausbildung gebühren können. Mit dieser Tatsache setzte ich mich aber nur kurz auseinander. Meine neue Tätigkeit war mir fürs Erste wichtiger.

So ganz losgelassen hat mich der Gedanke aber nicht. Daher wandte ich mich schließlich an meine Gewerkschafterinnen Margit Pollak und Marianne Klepac-Baur, um zu klären, inwieweit ich zukünftig Anspruch auf eine Zulage hätte.

Zu meiner Überraschung hörte ich, dass ich sogar rückwirkend mehr Einkommen lukrieren könnte. Und zwar nicht irgendwann, sondern, dank meiner beiden Gewerkschafterinnen, unglaublich bald. Ein herzliches Danke auch an die Verantwortlichen in MA 10 und MA 2.

Wofür ich das Geld verwende? Für eine bis vor Kurzem noch unfinanzierbare, langersehnte Reise mit meiner Tochter. So schließt sich auch der Kreis wieder – ich verbringe eine schöne Zeit mit meiner Tochter.

Die Mitgliedschaft bei der Gewerkschaft hat sich für mich definitiv ausgezahlt! Danke für die Unterstützung!

Claudia Poljanc

teamwork

Nr. 4/2016

Sponsoring-Post

Verlagspostamt 1010 Wien

Zulassungsnummer

GZO2Z030516S

DVR: 0046655